

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur und Europa

9. Sitzung

13. Juni 2022

Beginn: 14.02 Uhr

Schluss: 17.10 Uhr

Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0057](#)

KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Berliner Bibliotheken. Perspektiven der
Bibliotheksentwicklung in der
Bibliothekslandschaft –
Bibliotheksentwicklungsplanung**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0040](#)

KultEuro

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Laura Neugebauer: Das Wort „Bibliothek“ ist im Titel dieser Anhörung sehr oft enthalten. – Hierzu ist Herr Kühne von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen digital zugeschaltet. Ich begrüße ganz herzlich die vor Ort anwesenden Anzuhörenden: Herrn Volker Heller, Generaldirektor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ZLB –, Frau Anne Maase, Fachbereichsleiterin der Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg und aktuelle Vertreterin der ständigen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der öffentlichen Bibliotheken Berlins, sowie Herrn Stefan Rogge, Leiter der Stadtbibliothek Mitte. – Ich darf feststellen, dass Sie mit den Liveübertragungen, den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen der SPD, der Grünen oder der Linken übernimmt Frau Kühnemann-Grunow.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Koalition hat im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir uns in dieser Legislaturperiode auf den Weg machen wollen, ein Bibliotheksförderungsgesetz auf den Weg zu bringen, und dafür ist die Bibliotheksentwicklungsplanung eine zwingende Voraussetzung. Wir wollen uns heute mit dieser Anhörung einen ersten Überblick verschaffen, wie die Situation derzeit ist. Das ganze Thema der Standards in Bibliotheken, der Standorte, Versorgung, kurze Wege etc. beschäftigt die Berliner Landesebene schon sehr lange, angefangen vom Olympia-Modell, damals Enquete-Kommission, bis heute letztendlich. Die Bezirke sind da auch sehr unterschiedlich aufgestellt, und dementsprechend freuen wir uns auf diese Anhörung und haben die deshalb so angemeldet. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde wir mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden beginnen. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder des Ausschusses Fragen stellen können. Anschließend haben Sie Gelegenheit, die Fragen zu beantworten. Sie haben mir vorweg mitgeteilt, dass Sie gern entgegen der alphabetischen Reihenfolge vorgehen möchten. Das heißt, wir beginnen mit Herrn Rogge und schließen mit Herrn Heller ab. – Dann gebe ich Ihnen an der Stelle das Wort.

Stefan Rogge (Leiter der Stadtbibliothek Mitte): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen sehr herzlich, dass ich bzw. wir heute hier sein können, um zum Thema Bibliotheken zu sprechen. Keine Sorge: Ich finde, das Wort „Bibliotheken“ kann in der Tagesordnung gar nicht oft genug erwähnt werden. – Gleichzeitig ein herzliches Danke an Sie, dass Sie damit das Interesse zum Ausdruck bringen, sich mit den öffentlichen Bibliotheken in Berlin zu beschäftigen! Das ist schon auf dem Weg mit dem Auftrag, diese Bibliotheksentwicklungsplanung vorzunehmen und ein Bibliotheksförderungsgesetz vorzubereiten. Das zeigt aber auch das Interesse an den Bibliotheken, an ihrem Ausbau, ihrem Erhalt und ihrer Weiterentwicklung.

Sie wissen, dass von April 2019 bis Juni 2020 ein umfassender partizipativer Prozess zur Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes für die Bibliotheksentwicklung in Berlin stattgefunden hat. Das Ergebnis ist dieser Band, 103 Seiten. Darin finden Sie Antworten auf die Frage, was die Stadtgesellschaft von ihren Bibliotheken erwartet, was die Bibliotheken für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger leisten, und Sie finden Aussagen darüber, was sie leisten könnten

und sollten, es aber nicht können, weil ihnen momentan noch dazu die Mittel, das Personal und die Flächen fehlen.

Wir lesen viel vor in den Bibliotheken. Ich könnte Ihnen jetzt die 103 Seiten vorlesen. Das würde wahrscheinlich meine Redezeit übersteigen, und es würde Ihnen auch die Freude nehmen, viel zu entdecken, denn das ist das, was die Bibliotheken und wir Bibliotheksmenschen tun. Wir helfen Menschen, Möglichkeiten und Chancen zu entdecken. Darauf komme ich noch zurück.

Ich möchte Ihnen stattdessen heute kurz erzählen, warum ich als gelernter Bibliothekar hier sitze. Ich bin selbst in Berlin aufgewachsen, erst im Wedding, dann im Märkischen Viertel. Ich bin ein Arbeiterkind. Mein Vater war Textilarbeiter. In der Textilbranche, das wissen Sie, verdient man nicht allzu gut. Das Geld, das er verdiente, investierte er in die Bildung seiner Kinder, und meine Mutter hatte mir den Spaß zu lesen vermitteln können. Wenn ich auch nicht viel Taschengeld hatte, hatte ich aber doch immer ausreichend Lesefutter, denn ich hatte einen Bibliotheksausweis.

Heute leben in Berlin über 150 000 Kinder und Jugendliche in einem Hartz-IV-Haushalt und gelten als armutsgefährdet. Der Hartz-IV-Regelsatz für ein Kind im Alter von 6 bis 13 Jahren beträgt 311 Euro monatlich. Das sind pro Tag 10,37 Euro, und für Bildungsausgaben sind pro Tag 2 Cent vorgesehen. Das sind im Jahr weniger als 10 Euro. Davon kauft man keine Bücher, nicht einmal ein Buch.

Die Stiftung Lesen gibt in der Vorlesestudie 2020 an, dass nach einer repräsentativen Erhebung 68 Prozent der Befragten – das sind zwei Drittel – angeben, dass in ihrem Haushalt für die Kinder weniger als zehn Bücher zur Verfügung stehen. Aber mit dem kostenfreien Bibliotheksausweis haben Kinder und Jugendliche in Berlin Zugriff auf über 7 Millionen Medieneinheiten. Dass es das in Berlin gibt, ist ein Erfolg. Das ist unser Erfolg. Die wichtigste Botschaft dabei ist: Diese Kostenfreiheit ist gerade für die Kinder und Jugendlichen besonders wichtig, sie ist es aber aus meiner Sicht für alle Menschen, denn, um ganz ehrlich zu sein, die 10 Euro, die unsere Nutzenden bezahlen, sind gut investiertes Geld. Ich werde Ihnen noch ein bisschen über den Outcome von Bibliotheken erzählen, das heißt: Was passiert denn mit den Bedürfnissen der Menschen? Wie können wir sie in den Bibliotheken erfüllen, und was bringt es dann der Stadtgesellschaft?

Heute bin ich als Fachbereichsleiter im Amt für Weiterbildung und Kultur in Mitte für sieben Bibliotheksstandorte verantwortlich, und ich kann mir, ehrlich gesagt, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen, keinen besseren Beruf wünschen. Denn wir bemühen uns jeden Tag, Kindern und Jugendlichen den Spaß am Lesen zu vermitteln und mit der Basiskompetenz Lesen die Grundfähigkeit zu lebenslangem Lernen zu legen, Menschen mit Informationen und Medien in ihrer Alltagsbewältigung zu unterstützen und die digitale Spaltung zu verhindern, indem wir kostenfreie Zugänge ins Internet und zu E-Medien bereitstellen und Kompetenzen in der Nutzung dieser Medien vermitteln und indem wir Geflüchteten das Ankommen und das Leben in der Stadt erleichtern, mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, durch Hausaufgabenhilfen, durch experimentelle Lernräume wie zum Beispiel Makerspaces und durch die enge Kooperation mit Schulen und Kitas den Weg für erfolgreiche Bildungsbiografien zu ebnen, mit Veranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen und vielen anderen Formen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und schließlich mit unseren Häusern und unserer Offenheit Räume

für Dialog zu schaffen, für ein gemeinsames Miteinander in einer komplexer werdenden Welt, die vor der Herausforderung steht, unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang bringen zu müssen, damit es eine Welt, eine Stadt für alle Menschen ist. Diese Sinnhaftigkeit von Bibliotheken, ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit erschließt sich mir sehr dicht, sehr nah jeden Tag aufs Neue.

Ich erlebe aber auch, dass die Sinnhaftigkeit auf der Strecke bleibt, wenn Räume für Bibliotheksunterricht fehlen, wenn die Bibliothek am Wochenende, wenn die Familien gemeinsam die Bibliothek besuchen wollen, geschlossen bleibt, weil nicht ausreichend Personal vorhanden ist oder die gesetzliche Grundlage es nicht ermöglicht. Ich habe oft genug erlebt, dass der Medienetat gekürzt werden musste, weil es kein Gesetz gab, das deutlich machte, dass eine öffentliche Bibliothek als antiquarisches Buchlager ihre Sinnhaftigkeit auf Dauer verliert. Dabei haben wir noch relativ viel Sinnstiftendes vor. Sie alle hier im Abgeordnetenhaus, in der Verwaltung, in der Bürgerschaft arbeiten an Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit im Land, in der Stadt und in den Bezirken. Da geht es um schwerwiegende Fragen: Wie schaffen wir eine vertrauensvolle Atmosphäre, in der trotz unterschiedlicher Interessen und Perspektiven ein konstruktiver Dialog zu den Themen unserer Zeit möglich ist? Wie begegnen wir dem immensen Wissensbedarf, den unsere Wissensgesellschaft durch immer schneller werdende Innovationszyklen produziert? Wo ist der kostenfreie, niedrigschwellige Raum, in dem ich mit engagierten Menschen kreative Ideen für das Leben in der Stadt entwickeln kann? Wie begegnen wir Fake News und Hatespeech? Wie vermitteln wir Methoden und Instrumente, damit junge Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft ihre Werte auf der Grundlage von Fakten und Erkenntnissen entwickeln können, statt auf Propaganda und Hetze? Was für Infrastruktur brauchen wir, damit kulturelle Teilhabe möglich ist, die nicht nur Mehrheitsidentität reproduziert, sondern auch jene Kreativität und Vielfalt entfaltet, die die kulturellen Wurzeln, Strömungen und das gesamte Spektrum kulturellen Schaffens aller Menschen für alle Menschen in der Stadt erlebbar macht? Was für einen Ort brauchen wir dafür?

Es ist ein Ort, der leicht zugänglich und einladend ist. Man geht gern dorthin. Er wirkt von außen einladend und hat ein niedriges Zugangsprofil. Er ermöglicht ein informelles Zusammenkommen. Er wirkt ausgleichend auf Unterschiede zwischen Menschen. Es bedarf keiner exklusiven Mitgliedschaft. Er fördert das Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit. Die Atmosphäre ist spielerisch. Hier kann man sich ausprobieren, Aktivität entfalten, und die Institution vermittelt das Gefühl von „A Home away from Home“, eines zweiten Zuhauses. Diesen Ort beschreibt der amerikanische Soziologe Ray Oldenburg als den Dritten Ort, den Ort, an dem man sich nach dem eigenen Zuhause und nach dem Arbeits- oder Schulort gern aufhält, an dem man produktiv, kontemplativ, kommunikativ oder/und engagiert sein kann. Bibliotheken sind diese Dritten Orte, wenn sie ihr Potenzial entfalten können.

In seinem viel beachteten Werk mit dem Titel „Erwarten Sie mehr! Verlangen Sie bessere Bibliotheken in einer komplexeren Welt“ beschreibt der Professor für Bibliothekswesen an der University of Texas, wie das gelingen kann. Er sagt, schlechte Bibliotheken bauen Sammlungen auf, gute Bibliotheken Dienstleistungen und großartige Bibliotheken Communitys. Im Mittelpunkt der öffentlichen Bibliothek steht eben immer der Mensch. Gute Bibliotheken richten ihre Leistungen und Angebote nach den Bedürfnissen der Menschen in ihrem Sozialraum aus, und die Berliner öffentlichen Bibliotheken sind gute Bibliotheken. Sie beweisen längst im Rahmen vieler Projekte, wie sie auf Bedürfnisse reagieren können, die sie in ihrem Umfeld wahrnehmen. Zum Beispiel werden Verwaltungsdienstleistungen zunehmend digitali-

siert und online angeboten und benötigen Antragsteller die nötigen Kompetenzen, um sicher im Internet navigieren zu können. Dies gilt gleichermaßen für Onlineangebote anderer Anbieter. Schon heute vermitteln Bibliotheken Digital Literacy, also neben der Bedienung auch das Verstehen und die Wirkungsweise elektronischer Texte und Informationssysteme. Bürgerinnen- und Bürgerterminals in den Bibliotheken mit Beratungsangeboten durch geschulte Servicekräfte könnten künftig an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine dafür Sorge tragen, dass Menschen befähigt werden, die Onlinedienstleistungen ihren Zielen entsprechend verwenden zu können.

Die Bewältigung des Klimawandels, der Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften sind zentrale Herausforderungen. Bibliotheken können dabei helfen, global zu denken und lokal zu handeln. Die klassische Buchausleihe basiert auf dem Prinzip des Sharing, des Teilens, einem effektiven Nachhaltigkeitsprinzip. Wir erproben aber mit der sogenannten Bibliothek der Dinge auch den Verleih von Geräten und Werkzeugen, die gebraucht werden, um zum Beispiel die in Veranstaltungen in der Bibliothek erlernten Methoden und Ideen zum Beispiel zum Urban Gardening, zum Bau von Insektenhotels oder zum Recycling und Upcycling daheim umsetzen zu können. In Makerspaces stellen Bibliotheken Räume, Geräte und Lehr- und Lernmaterial zur Verfügung, die man sich sonst eher nicht leisten kann, damit dort selbständig kreative Techniken für die Herstellung eigener Produktideen oder für die Erprobung neuer Verfahren wie zum Beispiel dem 3D-Druck ausprobiert werden können.

Die Bibliothek als Lern- und Arbeitsort gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bibliotheken werden zu Coworking Spaces. Diese braucht es auch, denn mit zunehmender Urbanisierung verdichten sich die Städte. Wohnraum wird knapp. Wie arbeiten Schülerinnen und Schüler zusammen an ihrem MSA-Projekt, wenn es daheim keinen ruhigen Arbeitsraum gibt? Aber nicht nur der Raum ist eine Ressource. Bürger und Bürgerinnen können und wollen ihr Wissen, ihre Erfahrungen, ihre kulturellen Schätze in Projekte der Stadtgesellschaft einbringen. Mit der nötigen Unterstützung durch die Bibliotheken können Crowdsourcing und Crowdfunding, also die Beteiligung Freiwilliger an wissensbasierten Prozessen, gefördert werden so, wie es die Wikipedia uns vormacht.

Wenn sich das Stadtbild verändert, Flächennutzungspläne fortgeschrieben werden oder in der Nachbarschaft Bauprojekte durchgeführt werden sollen, ist die Bibliothek der Ort, in dem diese Planungen ausgestellt, vorgestellt und diskutiert werden können. Die Bibliothek kann Ort vielfältiger partizipativer Prozesse sein. Nach einer repräsentativen Befragung der Berliner Stadtbevölkerung im Jahr 2018 empfinden 90 Prozent der Befragten öffentliche Bibliotheken als einen vertrauenswürdigen Ort. Die Bibliothek ist damit ein für die meisten als fair, neutral und unvoreingenommen empfundener Ort, in dem Diskurse erlaubt und gewünscht sind. Bibliotheken können also der geeignete Raum für partizipative Prozesse sein, wenn es diese Räume physisch, zum Beispiel als Veranstaltungsräume, in ausreichender Zahl und Fläche gibt.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Rogge!

Stefan Rogge (Leiter der Stadtbibliothek Mitte): Ich komme zum Schluss.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Danke!

Stefan Rogge (Leiter der Stadtbibliothek Mitte): Initiativen und Verbände, Bürgerbeteiligungsverfahren brauchen diese Räume jedoch dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger Zeit für ihr Engagement haben, und das ist oft in den Abendstunden und am Wochenende, und da haben die Bibliotheken meistens geschlossen. Es braucht also Personalinfrastruktur, um den Zugang zu ermöglichen. Das geht zum Beispiel, Skandinavien wurde vorhin angesprochen, durch die sogenannte Open-Library-Technik. Das ist das nächste größte Bibliotheksprojekt, das ich mir nach der Einführung der Radiofrequenztechnik vorstellen kann. Diese großen Projekte gehen nur zusammen, das heißt, Senat und Bezirke gemeinsam.

Jetzt könnte ich noch viel aus dem Konzept erzählen, auch zur Frage von Digitalisierung unserer Angebote, Demokratiebildung, was das alles braucht. Das sind aber auch andere Formen des Arbeitens, zum Beispiel wollen wir stärker auf die Bedürfnisse unserer Nutzerinnen und Nutzer eingehen, die vielleicht nicht immer den Interessen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, die auch spezifisch sind. Dazu braucht es Community Management, das heißt, wirklich zu gucken: Was ist in unserem Stadtraum? Braucht es möglicherweise Empowerment für People of Color? Müssen wir uns mit der Kolonialgeschichte in unserem Medienbestand auseinandersetzen? – All dafür braucht es Ressourcen.

So, wie wir im Moment aufgestellt sind, können wir das nicht. Da ist selbst der klassische Kernbetrieb der Bibliotheken an der Kapazitätsgrenze angekommen. Wohin wir uns entwickeln sollten oder eigentlich müssen, das ist hier beschrieben. Ich glaube, das Potenzial haben wir. Auch sind die Investitionen, Innovationen und Anpassungen, die nötig sind, gemessen an ihrem Output oder Outcome verhältnismäßig günstig, auch wenn uns die Ressourcen vielleicht in der jetzigen Haushaltssituationen ambitioniert erscheinen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Rogge! Wir müssen wirklich ein bisschen auf die Zeit achten. Ich bin gerade schon sehr großzügig mit der Redezeit.

Stefan Rogge (Leiter der Stadtbibliothek Mitte): Ich bin am Ende. Ich habe einen letzten Satz, gönnen Sie ihn mir: Ich glaube, dass wir das können, und ich glaube, es lohnt sich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Maase!

Anne Maase (Fachbereichsleiterin der Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg): Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite aus einen schönen guten Tag! Vielen Dank für die Möglichkeit, heute ins Gespräch zu kommen, und für Ihr Interesse an unserer Arbeit! Stefan Rogge hat schon wunderbar ausgeführt, was die Herausforderungen sind, die die sich wandelnde Stadtgesellschaft an uns stellt. Das Thema heute heißt „Perspektiven der Bibliotheksentwicklung“, und das heißt nach meinem Verständnis: Was braucht es eigentlich, um öffentlichen Bibliotheken so auszubauen und abzusichern, dass wir diese ganzen neuen Aufgaben und Services, die uns jetzt gerade noch mal skizziert wurden, strukturell und institutionell verankern können? – Denn von unserem Selbstverständnis, das ist eben schon ein bisschen angeklungen, von unserer Motivation her, von dem ganzen Mindset sind wir da, das ist eine gute Nachricht, aber mit den bestehenden Ressourcen können wir all das immer nur punktuell und ansatzweise leisten. Wenn wir moderne, zeitgemäße Bibliotheken in der Fläche in Berlin haben möchten, dann brauchen wir eine deutlich andere Ausstattung, und das ist das wirklich unmissverständliche Ergebnis des Rahmenkonzeptes.

Ich will auf aus meiner Sicht zentrale Punkte aus dem Konzept eingehen – Sie kennen es alle, Sie haben es alle gelesen –, die vielleicht ein bisschen plastischer machen, über welche Dimension wir hier reden. Was haben die Verfasser, die Verfasserinnen des Konzepts gemacht? – Sie haben einen, wie ich finde, sehr anschaulichen Ansatz gewählt, nämlich ein klassisches Benchmarking. Die haben sich in 39 deutsche Großstädten die öffentlichen Bibliotheken angeschaut, ganz klassische Kennzahlen gewählt, so etwas wie Personalausstattung, Medienetat, Fläche, Standorte pro 1 000 Einwohner, und dann haben sie geguckt, wo Berlin steht. Tatsächlich ist es so, dass die Hauptstadt im nationalen Städtevergleich wirklich alles andere als Metropolenniveau unter Beweis stellt. Berlin kann bei keiner dieser Kennzahlen auch nur ansatzweise an die Top Ten heranreichen. Das heißt, wir liegen nicht nur hinter Hamburg, München und Stuttgart, sondern wir liegen in Teilbereichen auch hinter Münster oder Bielefeld. Das alles können Sie sich im Detail in den Tabellen am Schluss vergegenwärtigen. Das ist eine lohnenswerte Lektüre. Ich will nur die zwei prägnantesten Zieldimensionen, die dieses Rahmenkonzept meiner Meinung nach aufmacht, ein bisschen untermauern.

Das eine ist eine Zielmarke für Personal, die aufgemacht wird. Da kommen die Verfasser und Verfasserinnen zu einer Zielmarke von einem Vollzeitäquivalent, einer Vollzeitstelle pro 3 000 Einwohner und Einwohnerinnen. Ich brauche für Friedrichshain-Kreuzberg keinen Taschenrechner, denn wir sind knapp 300 000 Einwohner und Einwohnerinnen. Da käme ich rechnerisch auf 100 Stellen, nur für meinen Bezirk. Wenn ich diese Dinge sage, dann weiß ich, weil wir untereinander im engen Austausch sind, dass das vergleichsweise repräsentativ für die anderen Bezirke ist. Ich komme also rechnerisch auf 100 Stellen, ich habe 53.

Was heißt das in der Praxis? – In der Praxis führt das dazu, dass ich in den vier Häusern, die ich habe, eigentlich jeden Tag vor der Situation stehe, dass ich Lücken im Dienstplan habe. Das heißt, jeden Tag bin ich in der Situation, dass ich Theken nicht besetze, dass in ganzen Stockwerken unserer Häuser keine Beratung stattfinden kann. Ich bin mehrmals in der Woche in der Situation, dass ich morgens um 9 Uhr, wenn alle meine Krankmeldungen reingekommen sind, Kolleginnen und Kollegen aus großen Häusern in kleinere Häuser schicke – in einem Innenstadtbezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg geht das –, damit die kleineren Häuser öffnen können, weil sie es sonst nicht könnten. Das heißt natürlich auch, dass die Arbeit in den großen Häusern liegenbleibt, aber wir können zumindest öffnen.

Bezogen auf die ganzen schönen neuen Aufgaben, von denen wir gerade gehört haben, zum Beispiel Wochenendöffnung – und auch da bin ich bei Stefan Rogge –: Natürlich ist es das, wo wir hinwollen und wo wir hinsollen. Unsere Häuser sollten sonntags geöffnet sein, selbstverständlich. Das ist das, wo wir hinwollen. Das ist nicht nur eine personelle Frage, aber doch zu großen Teilen auch. Faktisch ist es so, dass ich jede Woche um die Besetzung meiner Samstagsschichten kämpfe, weil die Samstagsoffnung jede Woche am seidenen Faden hängt. Und das heißt: Ohne substanziellen Personalaufwuchs wird Berlin in der Oberliga der öffentlichen Bibliotheken nicht mitspielen, weder national noch international. Unsere Anstrengungen in diesen ganzen neuen Bereichen werden immer punktuell bleiben oder ansatzweise und nicht flächendeckend und systematisch.

Der zweite Wert, Flächenstandard: Es stehen viele kluge Dinge im Rahmenkonzept. Sie kommen insgesamt zu einem Flächenstandard von 600 Quadratmetern Nutzfläche je 10 000 Einwohner. Daraus leiten sie einen investiven Bedarf im Bereich Bibliotheksbau und Flächenentwicklung von 600 Millionen Euro für die nächsten 20 Jahre ab. Das ist sehr viel

Geld. Was heißt das bezogen auf die Praxis? – Bezogen auf die Praxis heißt das – ich bin mir sicher, es geht Stefan Rogge auch so, und ich denke, Herr Heller wird es in Bezug auf die ZLB noch ausführen –, dass wir aus allen Nähten platzen.

Bei mir in der Bezirkszentralbibliothek in der Frankfurter Allee stehen und sitzen die Leute ab halb zehn am Morgen vor der Tür – draußen, auch bei Regen und Minusgraden. Dann können Sie mit ihren mobilen Endgeräten immerhin schon unser WLAN nutzen. Warum sitzen sie da? – Die wollen einen der begehrten Arbeitsplätze ergattern, wenn wir um 10 Uhr unsere Türen öffnen. Meine Bezirkszentralbibliothek ist wirklich sehr schön, und sie ist die einzige öffentliche Bibliothek in Friedrichshain. Der Bedarf an Arbeitsplätzen, und das höre ich auch von den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bezirken, ist seit Corona noch gestiegen. Berlin ist eine wachsende Stadt. Die Leute, die kommen, sind die Leute, die diese Infrastruktur nutzen möchten, wollen und sollen. Eigentlich wollen wir noch viel mehr Leute in die Bibliotheken holen, als bisher schon kommen, und gleichzeitig ist die Substanz unserer Häuser in wirklich großen Teilen marode und sanierungsbedürftig.

Auch hier wieder: Was heißt das faktisch? – Faktisch heißt das: Ich habe Pläne für einen Neubau in Kreuzberg. Ich habe seit ein paar Jahren eine Machbarkeitsstudie. Ich habe bis heute keine Finanzierung, noch nicht mal ansatzweise. Faktisch baue ich nicht, obwohl ich bei weit unter einem Drittel der SIKo-Werte bin. Da braucht man gar nicht das Bibliotheksrahmenkonzept. Da kann man die Ziele, die wir uns selbst für die Versorgung in unserer Stadt gesetzt haben, anlegen. Faktisch baue ich nicht, sondern faktisch wurde mir im Januar von einem Tag auf den anderen einer von vier Standorten aus Gründen des Brandschutzes geschlossen, und bis heute ist völlig offen, wann wir wieder eröffnen können. Das heißt, der ganze Reichenberger Kiez, der einer der kinderreichsten Kieze, Nachbarschaften in Kreuzberg ist, hat keine bibliothekarische Versorgung. – Das nur ein bisschen, um aufzumachen, wo wir wirklich stehen und wo wir alle miteinander hinsollen und hinwollen.

Nichtsdestotrotz, das würde ich gerne noch loswerden, bin ich ganz optimistisch und hoffnungsvoll, was die Zukunft der Berliner öffentlichen Bibliotheken angeht. Warum? – Weil wir mit diesem Bibliotheksentwicklungskonzept und mit diesem Prozess, in dem wir sind, der auch ein partizipativer war, auch das hat Stefan Rogge gesagt – dieser Prozess hat eine Wertschätzung vermittelt, auch seitens der Politik. Da geht der Dank ganz explizit in Ihre Richtung und in die Richtung dieses Gremiums, das dieses Konzept mitgetragen und wertgeschätzt hat. Diese Art von Wertschätzung hat es für die Kolleginnen und Kollegen in den Häusern seit Jahren, eigentlich seit Jahrzehnten, nicht gegeben. Das kommt an, das motiviert, das gibt Rückenwind, und das macht einen Unterschied. Das hat uns ganz sicher – das möchte ich wirklich noch sagen – durch diese Pandemie getragen, denn die öffentlichen Bibliotheken waren offen. Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020, als alles geschlossen war, hatten wir auch geschlossen. Danach gab es den expliziten politischen Wunsch, dass wir im Gegensatz zu fast allen anderen kulturellen und Bildungsinstitutionen offen sein sollten. Dem haben wir gern entsprochen. Das hat den Kolleginnen und Kollegen viel abverlangt, das will ich an der Stelle auch noch mal sagen, aber wir alle, auch Sie, haben mit diesem Prozess Hoffnungen bei den Kolleginnen und Kollegen geweckt. Die zählen auf Sie. Insofern: Bleiben Sie uns gewogen! – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann gebe ich jetzt das Wort an Herrn Heller.

Volker Heller (Generaldirektor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ZLB): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vielen Dank auch von meiner Seite noch mal für die Einladung und Ihr Interesse an dem Thema! Wir haben uns zu dritt vorher darauf verständigt, dass ich näher eingehen möchte auf die mögliche Rolle eines Bibliotheksgesetzes für diesen Prozess der Bibliotheksentwicklungsplanung. Ein Bibliotheksgesetz ist schon vom Senat in seinem Beschluss im Sommer 2021 im Kontext des Bibliothekskonzeptes für Berlin thematisiert worden. Da hat der Senat den Kultursenator beauftragt, ein solches Gesetz zu entwerfen und in der nächsten Legislaturperiode dann vorzutragen. Es hat seinen Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden. Dort ist explizit das Ziel, ein Berliner Bibliotheksgesetz, niedergeschrieben. Insofern sind wir froh, dass Sie sich doch so früh nach den Haushaltsberatungen oder zum Ende der Haushaltsberatungen mit dem Thema der Bibliotheksentwicklungsplanung hier im Ausschuss beschäftigen, denn das zeigt, glaube ich, auch Ihre Ernsthaftigkeit, sich mit dieser Infrastruktur und deren weiteren Entwicklung auseinandersetzen zu wollen.

Warum nun braucht es denn eigentlich ein Bibliotheksgesetz? – Der Senat hat schon in seinem Beschluss darauf verwiesen, dass es notwendig ist, die Bibliothekslandschaft an gesamtstädtischen Zielen weiter auszurichten in ihrer Entwicklung, und das meint, dass all die Aktivitäten und Potenziale, die Herr Rogge vorhin erwähnt hat in seinem Vortrag, also all die Felder, wo wir als Orte gesellschaftlicher Infrastruktur für diese Stadt wichtig sind, besser ausgeschöpft und für die Gesamtstadt produktiv gemacht werden sollen, und zwar unabhängig davon, in welchem Bezirk man sich gerade befindet. Es geht auch um verbindliche Festlegungen in den bekanntermaßen nicht immer einfachen Berliner föderalen Strukturen der zweischichtigen Verwaltung. Es geht um gleichwertige Lebensverhältnisse, und es geht auch immer darum, von Ländern zu lernen, die es richtig gut machen mit ihrer Infrastruktur: skandinavische Länder, Großbritannien oder andere, die mit solchen Bibliotheksgesetzen gute Erfahrungen gemacht haben.

Was also könnte denn so ein Bibliotheksgesetz regeln? – Da würde ich gern auf drei Punkte kommen. Erstens: Ein Bibliotheksgesetz müsste noch einmal die Aufgaben von Bibliotheken entsprechend benennen. Da mag man denken, das ist doch jetzt banal, das wissen wir doch, das steht schon im Rahmenkonzept, das steht auch im Senatsbeschluss. Herr Rogge hat es uns vorhin auch noch mal toll vorgetragen. Warum brauchen wir das denn jetzt noch mal im Gesetz? – Da will ich Ihnen ein Beispiel von Kollegen aus dem Ausland nennen, weil es dann immer unverdächtiger ist in Berlin, wenn man fremde Beispiele zitiert. Einem Kollegen, in dessen Land es ein Bibliotheksgesetz gibt und der im Rahmen einer Haushaltskrise seines Landes stark zu kämpfen hatte um Mittel für die Digitalisierung, insbesondere für einen Breitbandausbau in seiner Bibliothek, wurde dann von den Politikern der gerade aktuellen Legislatur entgegengehalten: Wofür brauchen Sie denn einen Breitbandanschluss, Sie verleihen doch Bücher? – Da war das Gesetz dann wichtig, denn es steht in dem Gesetz, dass Bibliotheken ein Ankerpunkt für digitale Souveränität und Teilhabe sind, dass hier digitale Kompetenzen vermittelt werden und Menschen geholfen wird, am digitalen Leben teilzunehmen, und dass man dafür natürlich auch einen Breitbandanschluss braucht. So banal sind dann am Ende doch die Auseinandersetzungen, auch die politischen, wenn es darum geht, eine Infrastruktur am Laufen zu halten. Umso wichtiger ist es, dass solche Aufgabenstellungen dann auch gesetzlich beschrieben sind. Also erstens: Noch mal die Benennung der Aufgaben.

Zweitens: Es braucht ein Leistungsversprechen. Das Gesetz macht man nicht aus Selbstzweck, und das soll man sicherlich auch nicht machen, weil man die Institution Bibliothek so sympathisch findet und die Menschen, die darin arbeiten, liebenswert und ihnen etwas Gutes tun möchte, sondern es geht darum, etwas für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu tun, eine Infrastruktur zu sichern, die der Stadt in ihrer Entwicklung hilft. Insofern muss ein solches Gesetz sich genau darauf beziehen, wie denn für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die Nutzung von Bibliotheken durch ein solches Gesetz erleichtert und verbessert wird. Dazu gehört ganz sicherlich der Punkt der Barrierefreiheit, und das Barrierefreie meint nicht nur das Bauliche, sondern es meint auch alle anderen Zugangshürden, und so gehört nach unserer Auffassung sicherlich auch dazu, dass ein Bibliotheksgesetz die kostenlose Nutzung aller Angebote der Bibliothek regeln muss. Dazu gehören auch das Ausleihen von Medien, die Mediennutzung vor Ort und das Ausleihen nach Hause, das muss entsprechend für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt kostenlos möglich sein.

Drittens muss ein solches Bibliotheksgesetz eine Verbindlichkeit regeln. Gerade in dieser zweischichtigen Berliner Struktur muss es die Bibliothek als Infrastruktur zur Pflichtaufgabe erklären und auf Standards verweisen – Frau Maase hat vorhin auf das Auseinanderklaffen von Realität und Notwendigkeit hingewiesen in der Bibliotheksentwicklungsplanung, in dem Ausbau von Standorten –, um entsprechend unsere Services auch auf die Straße zu bringen. Solche Standards regelt man vielleicht nicht direkt im Gesetz selbst, weil die sich auch verändern, da ist eine gewisse Dynamik drin, aber es muss zumindest ein Procedere beschrieben sein, dass das Land Berlin sich solche Standards gibt und wie sie denn dann von den Bezirken einzuhalten sind und vom Land in ihrer Umsetzung auch weiter unterstützt werden und dass es eine überbezirkliche, zentrale Unterstützung durch das Land Berlin geben wird, zum Beispiel durch Dienstleistungen an zentraler Stelle für das Bibliothekswesen, die einzeln nicht in jedem Bezirk zu erbringen wären und wahrscheinlich auch nicht wirtschaftlich zu erbringen sind. Eine solche Verbindlichkeit wäre der dritte Punkt, der im Gesetz geregelt werden müsste.

Wir glauben, dass es sinnvoll wäre, sich mit einem solchen Gesetz schwerpunktmäßig auf den öffentlichen Bibliotheksbereich zu konzentrieren. Die Bibliothekslandschaft in Berlin ist natürlich breiter als nur die öffentlichen Bibliotheken, aber es gibt auch schon andere gesetzliche Regelungen, die in die Bibliothekslandschaft eingreifen. So sind zum Beispiel die Universitätsbibliotheken, also das Gros der wissenschaftlichen Bibliotheken, im Hochschulgesetz geregelt, dort nicht nur, was Finanzierungsfragen angeht, sondern auch, was Rahmenbedingungen angeht wie Open-Access und ähnliche Themen. Das alles zusammenführen zu wollen in ein gemeinsames Gesetzesvorhaben, wäre, glaube ich, ein ziemlicher Kraftakt, und insofern glauben wir, dass es sinnvoll wäre, den ersten Entwurf des Bibliotheksgesetzes vor allen Dingen auf den Bereich der öffentlichen Bibliotheken zu fokussieren.

Wir glauben, dass es sinnvoll ist, zu diesem Zweck ins Ausland zu schauen, auf Best-Practices: Wo gibt es solche Gesetze, die gut funktionieren? Was haben die geregelt? Wie funktionieren die? Wie werden sie dann in der Praxis umgesetzt? – Wir wünschen uns sehr eine dialogische Entwicklung dieses Gesetzesvorhabens in dieser Legislatur durch Einbezug von Expertinnen und Experten zum Beispiel aus dem Deutschen Bibliotheksverband. – Haben Sie ganz großen herzlichen Dank von unserer Seite für Ihr diesbezügliches Engagement für ein Berliner Bibliotheksgesetz! Dieses noch in dieser Legislatur zu realisieren, würde dieser Stadt gut anstehen und wäre ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Erlauben Sie mir noch ein PS hinten anzuhängen in meiner Rolle als Direktor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ich glaube, das erwarten Sie auch von mir, und das erwarten auch alle Nutzerinnen und Nutzer unserer Bibliothek und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von mir –: Es geht um den ZLB-Neubau. Das ist ein Thema, das wir schon seit Jahrzehnten in Berlin vor uns hertragen. Wir haben einen Standort gefunden. Es hat Untersuchungen gegeben zur Eignung des Standortes. Es gibt eine geprüfte Bedarfsplanung, und nichtsdestotrotz hängt nun das Vorhaben schon wieder. Seit einem dreiviertel Jahr wären wir von unseren Vorbereitungen her in der Lage, den Architekturwettbewerb auszuschreiben, und es geht nicht voran, und das in einer Zeit, wo es nicht billiger wird, wenn man hinwartet mit Bauvorhaben, sondern es wird absehbar eher teurer, wenn man wartet. Es gibt nach wie vor eine große Notwendigkeit für diesen Bau. In dem Wort „notwendig“ steckt auch das Wort „Not“, und die Not entsteht auf der einen Seite durch die Enge, die wir unserem Publikum vor Ort zumuten. Als Beispiel nenne ich die Amerika-Gedenkbibliothek. Sie ist gebaut für 500 Nutzerinnen und Nutzer pro Tag und hat in Nicht-Coronazeiten 3 500 bis 4 500 pro Tag da drin. Da sitzen die Leute auf den Gängen und das an jedem Wochentag. Wir haben sieben Tage die Woche geöffnet, um überhaupt irgendwo ein Plätzchen zu finden. Es sei noch mal erwähnt, wir haben im Jahr 1,5 Millionen Besucher in unseren beiden Stand-orten. Das ist deutlich mehr als die drei Opernstandorte gemeinsam. Ich bin mir sicher, an anderer Stelle wartet man auch nicht Jahrzehnte, um solche beengten Situation zu verbessern.

Die Not ergibt sich auch aus der Aufteilung, aus dem Platzmangel, der entsteht, und der daraus resultierenden Aufteilung unserer Medienbestände auf zwei Standorte. Auch hier erlauben Sie mir mal ein Beispiel zu nennen: Stellen Sie sich vor, Sie gehen in ein Konzerthaus. Sie möchten eine Mahler-Sinfonie hören, aber das Orchester tritt ohne Bläser auf, weil das Podium zu klein ist, und man sagt Ihnen dann: Wenn Sie die Bläser auch hören wollen, gehen Sie in der Pause einen Kilometer oder eine halbe Stunde weiter ins nächste Konzerthaus. Da spielen dann die Bläser. Da können Sie sich die anhören. – So ist die Situation der Zentral- und Landesbibliothek Berlin bei auseinandergerissenen Beständen. Wenn Sie einheitlich recherchieren wollen, müssen Sie immer wieder diese Ortswechsel vornehmen, und die Bestände, die zum Teil auch historisch sind, lagern auf Flächen, die seit 100 Jahren Provisorien sind – unter anderem im Marstallgebäude gegenüber vom Schloss mit Leitungen, die da durchführen, nicht klimatisiert. Das sind alles Zustände, die einem kulturschutzgerechten Aufbewahrungsort Hohn sprechen. Das kann auch noch ein paar Jahre so gut gehen, muss es aber auch nicht. Es herrscht wirklich Not, und die Situation ist für ein Land wie Berlin beschämend. Die ZLB und ihre Nutzerinnen und Nutzer werden Ihnen danken, wenn Sie mit Aktivität, mit der Kraft des Abgeordnetenhauses den Kultursenator unterstützen bei seinem Engagement für den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek und wenn Sie gemeinsam als Parlament dieses Vorhaben für die Stadt weiter vorantreiben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann habe ich jetzt auch schon eine sehr lange Liste an Fragenden, und sie wird länger. – Frau Billig, bitte!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich versuche, es kurz zu machen, damit alle noch ausreichend zu Wort kommen können. Sie haben uns sehr schön beschrieben, wie Bibliotheken als dritte Orte nicht nur Freizeitorde sind, sondern auch Lern- und Arbeitsorte und sogar Raum für Experimente bieten, was wir natürlich als ein ganz wichtiges Ziel absolut unterstützen. Dass Vielfalt und Bildung in den Bibliotheken erreichbar werden können oder müssen für alle Berlinerinnen und Berliner, haben Sie schön dargestellt. Herr Rogge, Sie

haben aber auch gesagt, dass Dienstleistung gut ist, aber Community ist noch besser. Das finde ich einen sehr spannenden Punkt, weil für uns das Engagement der Zivilgesellschaft eine ganz wichtige Rolle spielt, weil auch Bildung und Kultur nicht von oben nach unten gehen sollen, sondern wir natürlich auch gerne hören wollen, was die Zivilgesellschaft braucht, was sie möchte, dass sie mitmachen kann, auch ganz barrierefrei. Da hatten Sie die Bürgerbeteiligung zum Beispiel im Bebauungsplanverfahren, also in Stadtentwicklungsprozessen, genannt. Da wüsste ich gerne, ob Sie da noch mehr Möglichkeiten sehen, wie die Zivilgesellschaft auch in der Bibliothek selber mitarbeiten kann, in der Alltagsarbeit, wie das als Gegensatz oder gemeinsam mit der hauptamtlichen Arbeit integriert werden kann, wie Sie das unterstützen, denn Bibliothek als Veranstaltungsort, barrierefrei und für alle bekannt ist die eine Sache, aber die Bibliothek als der Ort, wo ich auch gefragt bin, durchaus etwas in die klassische Bibliothek reinzubringen, ist vielleicht noch so ein bisschen der Knackpunkt, den ich ganz wichtig finde. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, was Sie da versuchen oder wie Sie versuchen, das umzusetzen.

Frau Maase hatte von den 100 Stellen gesprochen, die sie rein rechnerisch hat und nur 53 in echt. Also nehme ich jetzt mal an, dass die 47, also fast die Hälfte, im Moment unbesetzt sind. Vielleicht können Sie darauf noch mal eingehen und erzählen, was Sie meinen, wie wir diese fehlenden Stellen, diese unbesetzten Stellen besetzen können und wie wir als Land Berlin auch die Bezirke noch besser unterstützen können. Sie hatten die zweigliedrige Verwaltung angesprochen, sodass das nicht immer unbedingt in unserer direkten Einflussosphäre liegt, wir sehen aber trotzdem die Bibliotheken, die großen, die kleinen, die Stadtteilbibliotheken und die ZLB, als Institutionen, die wir in Berlin natürlich brauchen und ausbauen müssen und die an Qualität zulegen müssen. Ein Knackpunkt ist, wie immer in Berlin, das Personal. Vielleicht können Sie da noch mal sagen, wie wir es nach Ihrer Meinung schaffen, da noch einen Sprung nach vorne machen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann Herr Dr. Juhnke – bitte!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden für die Ausführungen, die nicht in dem Sinne in diesem Kreise zum ersten Mal erfolgen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode schon das Thema Bibliotheksentwicklungsplan besprochen. Dort waren Herr Vetter, Frau Schneider, Herr Heller da, dem ich auch noch mal gratuliere zu seiner Wahl als Vorsitzender des Bibliotheksverbandes, was auch dafür spricht, dass Berlin durchaus konzeptionell ganz weit vorne ist oder zumindest so ernst genommen wird, dass man solche Positionen auch einem Berliner anvertraut. Aber, Sie haben es auch dargestellt, die Fakten sprechen für eine andere Lage. Berlin ist bestenfalls Mittelfeld, was die Bibliotheksausstattung angeht. Herr Heller hat im Rahmen der Zurückhaltung aus seiner Position heraus dennoch den Finger in die Wunde gelegt und dargestellt, wie es sich gerade auch mit dem Neubau der ZLB verhält.

Da setzen auch die Fragen an, die ich jetzt habe, die sich vielleicht gar nicht so sehr an Sie richten, sondern auch an den Senat, weil aus der Zeit, die seit der letzten Anhörung vergangen ist, wäre für mich die erste Frage: Was ist seitdem geschehen? Wir haben das Defizit erkannt. Wir haben die Problemlage analysiert. Wir wissen, wir wollen uns hinbewegen zu einem Ort, der nicht nur eine Ausleihe ist, sondern der auch viele andere Dinge ermöglicht, der auch in der Lage ist, gesellschaftliche Defizite aufzuarbeiten, was die Frage allein schon der Lesefähigkeit angeht, aber auch der Fähigkeit, sich im digitalen Raum zu bewegen, und andere

Fragen, die eine Rolle spielen. Was alles es dazu bedarf, das haben wir erkannt. Jetzt ist die Frage: Wie kommen wir da voran? Die Perspektive ist, glaube ich, das, was uns tatsächlich in dieser Legislaturperiode interessiert. Ich gucke mir den Haushalt an und sehe, dass da zum Beispiel 1,9 Millionen Euro für verschiedene Maßnahmen drin sind, aber ich sehe auch, dass wir im Bibliotheksentwicklungsplan Größenordnungen haben, die dem durchaus nicht wirklich gerecht werden können, wenn ich an das Bibliotheksneubau- und -erweiterungsprogramm BIENE denke, das dort genannt ist. Eine Zahl – die 600 Millionen Euro – wurden schon genannt. Nun ist das jetzt nichts für den nächsten Doppelhaushalt, das ist auch klar, aber ich kann jetzt nicht erkennen, ob da tatsächlich in der Richtung schon wahnsinnig viel aufgesetzt ist von dem, was tatsächlich notwendig wäre.

Frau Billig! Ihren Optimismus in allen Ehren und die Nachfrage nach Personal, aber ich glaube, es wird nicht daran liegen, dass es kein Personal gibt, sondern es wird die Stellen schlicht und ergreifend nicht geben, in Kreuzberg 47 Leute einzustellen. Da würde Frau Maase wahrscheinlich diese Veranstaltung heute dann als besonderen Glücksfall interpretieren, wenn es so wäre und das das Ergebnis dieser Sitzung wäre, was natürlich rein formal nicht denkbar ist. Personal als solches ist aber sicherlich nicht unser Thema. Sicherlich ist es problematisch, die qualifizierten Bewerber zu bekommen, aber die Stellen sind, glaube ich, das größere Problem.

Wie gesagt, meine Frage ist: Was ist passiert, konkret auch im Haushalt? Was sind die Anmeldungen? – Ich wende mich noch mal konkret an Herrn Heller. Sie haben gesagt, wir könnten schon ein bisschen weiter sein. Seit einem dreiviertel Jahr stehen Sie in den Startlöchern und haben das vorgegeben, was man jetzt schon hätte umsetzen können. Woran liegt es, dass wir nicht weitergekommen sind? Ist das, was wir brauchen für diesen so wichtigen Neubau – Sie haben es unterstrichen –, auch angemeldet in den notwendigen Zyklen und den entsprechenden zeitlichen Rahmen, die sich jetzt für diesen Haushalt, aber auch für die Folgehaushalte, in der Investitionsplanung usw. ergeben? Sind alle Hausaufgaben da gemacht? Da wende ich mich auch noch mal an den Senat. Das wäre doch schon mal eine ganz wichtige Aussage, dass wir zumindest hier hören – das interessiert mich als Abgeordneter insbesondere –: Ist das auf dem Gleis? – Das ist das Entscheidende. Ist alles gemacht worden von unserer Seite, damit man nicht sagen kann: „Nein, da ist Zeit verloren gegangen“? Das wäre, glaube ich, ganz wichtig.

Ich komme zum letzten Punkt, den ich noch ansprechen wollte, das Bibliotheksgesetz. Ich halte es auch für sinnvoll, dort ganz klare, quantifizierbare Dinge einzutragen, dass man sagt, so und so viel Medien pro Einwohner usw. Ansonsten ist das letztendlich viel Prosa, aber es ist nichts, an dem man sich tatsächlich messen kann und das uns hilft, diese Mittelsituation in der Ausstattung, die Berlin in der Frage hat, zu verbessern. – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Kluckert – bitte!

Florian Kluckert (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wenn wir eine so lange Redeliste haben, dann mache ich es auch kurz, aber nicht, ohne den Dank meiner Fraktion für Ihre Arbeit auszusprechen. Es ist nicht nur der Vergleich, Herr Heller, der ZLB zu der Oper, sondern auch generell der Bibliotheken zu den Kultureinrichtungen. Sie sind die meistbesuchte Kultureinrichtung in Berlin, und das wissen wir sehr zu schätzen und danken Ihnen ganz herzlich. Deswegen finden wir es auch umso erschreckender, dass wir nicht so weit vorne im internationalen Vergleich sind, und denken, dass sich da einiges tun muss. Dabei würden wir Sie auch

unterstützen, auch natürlich, was den Neubau der ZLB betrifft. Ich glaube auch nicht, dass es ein Freud'scher Versprecher war, wie es im Koalitionsvertrag steht, dass man die Planung in dieser Legislaturperiode anfangen möchte. Das haben Sie hinterher korrigiert. Wir wollen mal gucken, ob auch wirklich losgebaut und nicht nur geplant wird, zumindest wäre das in unserem Interesse.

Ich habe auch konkrete Fragen. Die erste Frage: Wie haben sich neue Medien auf die Bibliothekenlandschaft ausgewirkt? Es gibt immer mehr Leute, die E-Books ausleihen oder zum Beispiel auch andere Hörbücher. Gibt es dadurch eine Veränderung? Können Sie dazu noch etwas mehr sagen?

Die zweite Frage: Herr Rogge! Ich hatte, wenn ich es gerade richtig verstanden habe, Sie so verstanden, dass es bei Ihnen auch Dinge zum Ausleihen zum Urban Gardening usw. gibt. Das hatte sich für mich jetzt so ein bisschen – Sie verzeihen mir das, meine Zunge ist manchmal etwas spitzer, als es gemeint ist – nach einem Anbietern an den grünen Mainstream angehört. Könnte ich bei Ihnen zum Beispiel auch einen Zündkerzenschlüssel mit dem entsprechenden Buch „Wie repariere ich mein Auto selbst“ ausleihen, bzw. wie wird entschieden, welche Dinge Sie anschaffen, die dann ausgeliehen werden können?

Sie haben gesagt, dass Hartz-IV-Empfänger zu wenig Geld für Bildung haben. –Ich glaube, da sollten wir uns als Gesellschaft nicht schlechter reden, als wir sind, denn durch diese ganzen Befreiungen, die Hartz-IV-Empfänger haben, ist es natürlich auch ein Mehrwert, dass sie die Einrichtungen kostenlos nutzen können. Da gibt es unterschiedliche Beispiele. Dennoch ist es ein ganz wichtiger Punkt: Wie bekommen wir auch bestimmte Schichten in die Bibliotheken hinein? Da würde mich noch mal konkreter interessieren, was die Bibliotheken planen, denn ich glaube, es ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern das hat auch immer sehr viel mit Strukturen innerhalb der Familie zu tun. Was können die Bibliotheken da noch machen?

Letzte Frage: Wir haben viel über Personal gesprochen. Wir haben ein Interesse daran, dass die meisten Bibliotheken natürlich auch 24/7 geöffnet sind. Gibt es dafür überhaupt genug Personal, bzw. braucht es auch genug ausgebildete Bibliothekare dafür? Oder könnte man zum Beispiel – wenn ich in die freie Wirtschaft gucke, im Fitnessstudio ist um 22 Uhr auch kein Trainer mehr da, aber das sitzt jemand vom Sicherheitsdienst am Eingang und kann zumindest die Leute rein- und rauslassen – mit ausgebildeten Kräften in Verbindung mit Kräften, die man leicht anlernen kann, da eine Mischform praktizieren? Was gibt es für Konzepte, um die Öffnungszeiten auch möglichst länger auszuweiten? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich will auf keinen Fall suggerieren, dass wir uns kurzfassen müssen, weil wir super viele Leute auf der Redeliste haben. Ich freue mich eher, dass sich viele an dem Thema beteiligen. – Frau Kühnemann-Grunow ist die Nächste auf der Liste – bitte!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch noch mal im Namen der SPD-Fraktion vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich glaube, das war ein ganz guter Überblick über die Bibliothekslandschaft in ihrer ganzen Bedeutung als Wissensspeicher und die ganzen Angebote als dritte Orte bis hin zu den Bedarfen, die da sind. Ich hatte Frau Maase so verstanden, dass dieses eine VZÄ auf die 3 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Endeffekt eine Kennzahl ist, die aus dem Bibliothekentwicklungsplan erwachsen ist

und die sozusagen noch nicht, auch wenn wir uns das als Kulturpolitikerinnen und -politiker wünschen, in den Stellenplänen der Bezirke einschlägig niedergeschrieben ist, sondern etwas ist, wo wir hinwollen, oder als Zielgröße angegeben ist.

Dementsprechend würde mich interessieren – wir haben die Entwicklungsplanung, und die ruft auch die Bezirksbibliotheken auf –, wie derzeit die Entwicklungsplanung vor Ort in den Bezirken aussieht, wie Sie da arbeiten, wohin Sie sich da letztendlich entwickeln wollen, denn so, wie wir die Bibliothekslandschaft in den Bezirken sehen, ist sie sehr divers – von den Wegen, von den Orten. Ich habe gehört, wie viele Standorte es in Mitte gibt. Ich weiß, Treptow-Köpenick ist den Weg gegangen, dass es zentral sehr große Häuser hat. Wir wissen aber auch, dass das beispielsweise ein Bezirk mit viel Wald und großen Flächen und dann auch weiten Wegen ist. Das ist etwas, was wir abwägen müssen, wenn wir uns auf den Weg machen. Das ist hier auch schon angeklungen. Wir müssen uns überlegen: Was soll Bibliothek, also qualitativ und auch quantitativ? Was soll Bibliothek anbieten? Was braucht es dafür – wenn wir denn dahin kommen wollen, dass wir eine verbindliche Festlegung haben wollen?

Wir haben uns mit Absicht so früh diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir wissen, es wird dann eine Gesetzesinitiative, und wenn wir die auf den Weg bringen, wird es auch etwas Zeit brauchen. Dementsprechend freut es mich auch, dass die Ernsthaftigkeit, mit der wir das Vorhaben angehen, zur Kenntnis genommen wird, und, da hat Herr Juhnke recht, wir reden schon lange darüber. Es gibt ganz viel Wissen darum, und es wird jetzt darum gehen, dass wir uns überlegen, was explizit zu tun ist und was dann in so ein Gesetz reingeschrieben werden muss. Deswegen sind uns auch der Kontakt und der Austausch mit Ihnen und Ihre Expertise so immens wichtig.

Es war ein Hinweis von Herrn Heller, und da würde ich noch mal nachfragen an der Stelle: die kostenlose Ausleihe. Das ist ein Aspekt, der immer wieder angesprochen wird. Wir haben in den Bezirken auch die Kosten- und Leistungsrechnung. Wir haben verschiedene Probleme, die wir bewältigen müssen, wenn wir vergleichbare Strukturen schaffen wollen. Wäre das ein Mittel, die damit vielleicht ein Stück weit zu umgehen? Das ist eine Frage, die ich in den Raum stelle. Wir haben die zweistufige Verwaltung in Berlin. Wir weisen den Bezirken eine Globalsumme zu, aus der die Bezirke dann sozusagen finanzieren, was sie für richtig halten, je nach Couleur, je nach Wichtigkeit. – Da wird gerade der Kopf geschüttelt. Dann bitte ich, dass Sie, Frau Maase, vielleicht noch mal ganz kurz etwas dazu sagen. – Ich finde noch mal den Hinweis mit der Pflichtaufgabe wichtig. Ich mache hier gerade ganz viel Hausaufgaben und schreibe mir ganz viel auf, dass wir das sozusagen mitdenken, denn momentan ist es so: Wir haben in anderen Bereichen schon Fördergesetze auf den Weg gebracht. Ich verweise hier in dem Zusammenhang auf das Jugendfördergesetz und auch auf das Familienfördergesetz. Bei beiden Gesetzen haben wir von der Senatsverwaltung für Finanzen immer den Hinweis bekommen: Wenn ihr irgendetwas direkt reinschreiben wollt, dass die Bezirke verpflichtet werden, verstößt das gegen die Globalsumme oder das Prinzip der freien Bezirke. – Da müssen wir uns noch Ideen überlegen, wie wir das miteinander lösen.

Ansonsten gibt es verschiedene Ansätze. Ich meine, das Olympia-Modell hatte damals gesagt: 1 Euro oder 1,50 Euro pro Einwohner wäre wünschenswert. Ich glaube, da ging es aber in erster Linie nur um den Medienetat. Da ging es nicht um Personal oder Ähnliches. Hier haben wir schon mal eine Kennzahl mit diesem einen VZÄ pro 3 000 Einwohner. – Von daher

wären das erst mal meine Fragen. Es ist ganz viel, was ich hier gerade mitgenommen habe. Entschuldigen Sie, dass es ein bisschen unsortiert ist. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann bin ich als Nächste auf der Redeliste und verlasse an der Stelle explizit meine Rolle als Ausschussvorsitzende. – Ich habe mehrere Fragen. Ich kenne das Thema Bibliotheken auch schon aus meiner dem Abgeordnetenhaus vorhergegangenen fünfjährigen kommunalpolitischen Arbeit. Was man als Kommunalpolitiker mitbekommt, wenn man die Unterlagen liest, die einem gegeben werden, ist, dass man, ich glaube, einmal im Jahr oder alle zwei Jahre eine Übersicht bekommt, wie es mit den Bibliotheken in allen Bezirken bestellt ist.

Dabei fällt einem auf, was auch Frau Kühnemann-Grunow gerade schon angesprochen hat, dass das Bild dort sehr heterogen ist. Das heißt, wenn wir hier über Ziele reden, wo wir hinwollen, dann haben wir in den unterschiedlichen Bezirken ganz unterschiedliche Startpunkte, von denen wir zu diesen Zielen kommen. Deswegen habe ich die Frage, wie wir überhaupt, wenn wir jetzt hier über Ziele reden, wenn wir über ein Bibliotheksfördergesetz reden und über die Umsetzung der Entwicklungsplanung reden, dahin kommen, dass wir diese Ungleichheiten gleichzeitig mit ausgleichen, die dadurch bedingt sind, dass es im Moment eine originär bezirkliche Aufgabe ist und es immer im Ermessen der Bezirke war, ob man noch mal Geld reingeben möchte.

Wir haben diese Differenz zwischen Hoffnung und Realität, und wir haben davon geredet, dass die Bibliotheksentwicklungsplanung Hoffnungen geweckt hat. Ich glaube, ich spreche für viele, wenn ich sage: Es war für die, die es von außen beobachtet haben, ein sehr wichtiger Schritt, dass sie in der letzten Wahlperiode angegangen wurde, weil die Bibliotheksentwicklungsplanung, die davor bestand, überaltert war, freundlich gesagt. Deswegen ist meine Frage, wie man mit dem Fördergesetz und in der weiteren Umsetzung diese Hoffnungen Realität werden lassen kann. Was sind die Erwartungen, die wir jetzt erfüllen müssen? Wie kommen wir dazu, dass wir als Land mit den Bezirken Hand in Hand zu diesen Zielen kommen?

Die Aufgaben, die von Ihnen aufgezeigt wurden, sind sehr divers. Sie haben gleichzeitig die schwierige Stellenkonstellation angesprochen. Da ist meine Frage auch: Wie sehen Sie in diesem Spannungsfeld die Umsetzung dieser doch sehr speziellen Aufgaben? Gibt es schon Wissensträger in der Bibliothekenlandschaft, deren Wissen man vielleicht nutzen kann, und Erfolge, die bereits existieren, die man reproduzieren kann, um dann Leistungsversprechen und die Verbindlichkeiten, die angesprochen wurden, umzusetzen? Wie können solche Verbindlichkeiten konkret aussehen?

Damit beende ich meinen Redebeitrag als Fachpolitikerin und gehe zurück in meine Rolle als Ausschussvorsitzende und gebe Herrn Meyer das Wort. – Bitte!

Sven Meyer (SPD): Vielen Dank! – Ich bin nicht sicher, wo jetzt eine Doppelung ist, und versuche, schnell die Fragen runterzurasseln, und hoffe, dass nicht zu viele Doppelungen dabei sind.

Erstens: Was hat das Bibliothekskonzept substantiell bisher sehr gebracht? Frau Maase! Sie hatten gesagt, dass es gut war für den Ruf. Man fühlt sich wertgeschätzt. Das ist alles super toll, aber was gibt es eigentlich substantiell, und warum brauchen wir jetzt ein Gesetz dazu? Wir hatten es vorher ohne probiert. Nein, klappt nicht. Warum klappt das nicht?

Zweite Frage: Sollen die Bibliotheken stärker in die Fläche gehen, oder soll man sich eher auf bestimmte Standorte konzentrieren, abhängig davon, was die Bibliothek letztendlich sein soll? Von Frau Kühnemann war eben die Frage, was wir eigentlich brauchen. Lange Wege? Sollen die Schülerinnen und Schüler so wie Sie, Herr Rogge, möglichst einen kurzen Weg in die Bibliothek haben, oder sollen es große Zentren sein, wo Partizipation in vielfältiger Art und Weise gelebt wird? – Das sind verschiedene Aspekte, und wir haben nur begrenzt Geld.

Müssen die Bibliotheken vielleicht stärker kooperieren – gerade auch in Bezug auf Bezirk und Land? Wie sieht die Kooperation von Bezirken und Land zurzeit aus? Muss da stärker

etwas getan werden oder nicht? Gäbe es gegebenenfalls Einsparungen? Wie würden Sie das bewerten, ob wir dadurch Einsparungen herbeirufen können? Gibt es vielleicht Schwierigkeiten, weil die Bibliotheken verschiedene Rechtshintergründe haben, sprich: Stiftung, sprich: Bezirk?

Die Idee von Herrn Rogge war die Veränderung der Bibliotheken, neue Orte zu schaffen und den Dritten Ort, wo es um Kooperation geht. Gleichzeitig sagen Sie, Frau Maase, dass wir die Aufgaben, die Bibliotheken haben, jetzt gar nicht erfüllen können. Wo müssen wir eigentlich hin? Müssen wir vielleicht doch eher stärker sagen, dass sie erst mal die Aufgaben, die sie haben, wirklich erfüllen? Wir sehen, wie Sie gesagt haben, dass Berlin bei Weitem nicht das Niveau hat wie andere Städte. Müssen wir also nicht erst mal zu diesem Niveau kommen? Und dann wäre die Frage, was wir dafür alles machen müssen. Sie haben vor allem das Personal benannt. Ist das tatsächlich das Ausschlaggebende? Was müsste jetzt getan werden, damit wir wirklich das Niveau von Hamburg beispielsweise erreichen und erst mal das, was eine Bibliothek ursprünglich ausmacht, die Grundidee, wenigstens in der Fläche erfüllen können? – Das war es. Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Dr. Schmidt – bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Auch von unserer Seite vielen Dank für die Ausführungen, die Sie uns heute hier vorgetragen haben! Ich glaube, das macht eines deutlich: Wir haben den Boden bereitet, um ein Bibliotheksentwicklungsgesetz auf den Weg zu bringen. Das ist nämlich nicht ganz selbstverständlich, wie wir heute hier schon ausgeführt haben. Das Jugendfördergesetz hat ja auch eine lange Vorgeschichte. Ich bin froh, dass wir jetzt an dem Punkt sind, ein solches Gesetz auf den Weg bringen zu können. Viele der Fragen, die hier gestellt worden sind, müssen wir zuerst an uns selbst richten und vor allem beantworten. Das können wir gar nicht von Ihnen erwarten, sondern das ist ein Prozess, den wir erfüllen müssen, um im Ergebnis zu einem Bibliotheksgesetz zu kommen, das zum einen das aufgreift, was Sie vorhin beschrieben haben: Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Bibliothek? Was kann eine Bibliothek den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben? – Wir müssen dann im Kontext der Ergebnisse dieser Befragung die Frage beantworten: Was sollen die Bibliotheken unseres Landes Berlin, egal, ob zentral oder dezentral, anbieten? Es ist auch die Frage, welche Aufgaben wir von einer Bibliothek erwarten – dazu sage ich gleich noch etwas –, und das muss dann in ein Gesetz gegossen werden.

Ich glaube, wir sind an vielerlei Stellen auch gebrannte Kinder, um in Konsolidierungszeiten eine Bibliothek nach außen abzusichern. Das gehört nämlich ganz genauso dazu. Wir haben oft genug erlebt, dass, wenn es eng wurde, der Medienetat gern mal zur Untersetzung von pauschalen Minderausgaben genutzt wurde. Wir sollten das Bibliotheksgesetz so definieren, dass Mindeststandards vor Ort auch eingehalten werden können. Wenn ich sage „vor Ort“, dann ist nicht die Frage, ob wir dezentrale oder zentrale Bibliotheken oder, wie Sie sagten, Herr Meyer, große Zentren brauchen. Ich glaube, wir brauchen beides. Wir brauchen sowohl die Kiezbibliothek als auch eine Zentral- und Landesbibliothek, weil diese Einrichtungen unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Wenn wir sagen, eine Bibliothek soll bzw. kann Dritter Ort sein, dann ist ein Dritter Ort dezentral oder zentral genauso unterschiedlich wie die Menschen dieser Stadt. Von daher brauchen wir beides. Da stehen wir vor einem spannenden Prozess, wo wir alle Expertise brauchen, die Sie vor Ort oder auch zentral, Herr Heller, mit einbringen und die wir als Parlamentarier und Parlamentarierinnen mit einbringen müssen.

Dennoch habe ich zwei konkrete Fragen: Zum einen haben Sie darauf verwiesen, dass eine Bibliothek ein wichtiger Ort ist, um Beratungs- und Anlaufstelle für Onlinedienstleistungen zu sein. Wir wollen auch die Bürgerämter zu modernen Dienstleistern entwickeln. Dazu gehört, dass wir viele Onlineangebote brauchen, und es ist gut zu wissen, dass die Voraussetzungen für solche Onlineberatungen an den Bibliotheken gegeben sind, denn wir haben Menschen, die das von zu Hause nicht können, nicht wollen, die die technischen Voraussetzungen nicht haben, aber sie dort bei Ihnen in den Bibliotheken finden. Das finde ich ein großartiges Projekt, würde aber gern fragen, welche Voraussetzungen es dafür braucht, um das tatsächlich nachhaltig einrichten zu können.

Zum Thema der Stellen ist eine Menge gesagt worden. Ich glaube, dass Sie gern mehr Stellen hätten. Das ist nicht die Frage der Stellenbesetzung, sondern der Stellen, und wir haben mit dem Haushaltsgesetz, das wir hoffentlich in wenigen Tagen verabschieden, auch noch mal 3 Millionen Euro für die Bezirke zur Verfügung gestellt, und wir erwarten, dass die Bezirke das tatsächlich auch in Stellen umsetzen. Wir werden das auch ein Stück weit mit Auflagen begleiten, um die Bezirke ein Stück weit zu nötigen, weil wir wissen, dass wir noch nicht das richtige Rezept dafür haben, nicht in die Globalsummensystematik einzugreifen und trotzdem zu erwarten, dass das Geld, das wir zur Verfügung stellen, dort ankommt, wo es hingehört. Dennoch würde mich interessieren, wie die Ausbildungssituation vor Ort ist. Haben Sie genug Auszubildende? Haben Sie Ausbildungskapazitäten, und wie ist die Bewerber- und Bewerberinnenlage für diese Ausbildungsstellen? Auch davon hängt es ab, ob es noch ein bisschen Werbung, Motivation, wie auch immer, braucht.

Weil ich immer interessiert bin zu lernen, würde ich gern fragen, ob Sie uns nicht nur in Deutschland, sondern vor allem in Europa Orte nennen können, wo es ein Best-Practice-Beispiel zum Anschauen gibt, wo Bibliotheken zentral und dezentral schon gut miteinander funktionieren. – Vielen Dank! So weit von meiner Seite.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Dr. Czyborra – bitte!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden von meiner Seite! Bei mir geht es ganz schnell. Ich wollte gerne wissen: Welche Bedeutung messen Sie aus der Sicht Ihrer Einrichtungen dem kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg bei? Wie wichtig ist das für Sie, und welche Bedarfe der Weiterentwicklung sehen Sie da? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Förster – bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Ich will nur noch ein paar Punkte aus langjähriger Bezirksverordnetenpraxis thematisieren, die noch nicht angesprochen worden sind. Die Frage nach der Größe und Ausstattung der Bibliotheken in den einzelnen Bezirken hat natürlich auch etwas mit der Kosten- und Leistungsrechnung zu tun. Machen wir uns nichts vor! Ich habe noch Zeiten miterlebt, wo einige Bezirke schon sehr stark reduziert und konsolidiert hatten und andere noch sehr kleinteilig unterwegs waren. Wenn man dann auf den Median guckte, also den Wert zwischen dem sechsten und siebenten Bezirk bei der Kosten- und Leistungsrechnung, war es doch so, dass einige Bezirke tief in den roten Zahlen waren und natürlich auch hinterhergespart haben.

Deswegen wäre die Frage zu beantworten: Was ist denn das Modell der Zukunft, wenn sich die zwölf Bezirke auch einigen – es ist Ihre Aufgabe als Fachbereichsleitung, letztendlich den Konsens herbeizuführen –, am Ende eher große Schwerpunkteinrichtungen, die auch dezentral sein können, die aber eher den Umfang eines Kiezzentrums erfüllen, oder doch eher dezentrale Angebote? Das hat auch etwas mit den Öffnungszeiten zu tun. Die großen Einrichtungen sind in der Regel sechs Tage die Woche offen, die kleinen vielleicht dienstagnachmittags und donnerstagvormittags. Da haben wir heute vielleicht ein anderes Nutzungsverhalten. Herr Rogge! Sie haben gesagt, Sie haben sieben Einrichtungen. In Steglitz-Zehlendorf gibt es noch drei, nicht mal die Hälfte.

Insofern ist das eine Frage der Standards in den Bezirken. Ich glaube, da müssen Sie sich im Rahmen Ihrer Gespräche untereinander abstimmen und einigen, was Sie für Mindesterwartungen haben, dass die Bezirke die auch entsprechend einhalten. Das kann die Politik auf Landesebene nur in begrenztem Rahmen vorgeben, wo die Bezirke das ausgestalten müssen, zumal wir im Amt für Weiterbildung und Kultur in den Bezirken unterschiedliche Schwerpunktsetzungen haben. Die einen sind sehr stark auf die Entwicklung der Musikschulen orientiert, andere auf die Volkshochschulen, andere legen auf die Heimatmuseen Wert, und die Bibliotheken sind auch noch dabei. Diese Schwerpunktsetzung können wir Ihnen nicht ersparen, wenn das weiter eine kommunale, bezirkliche Aufgabe bleiben soll. Dann können wir auf Landesebene nur den Rahmen vorgeben.

Mich würde interessieren, inwieweit das Thema der unterschiedlichen Eingruppierung der Beschäftigten mittlerweile gelöst ist. Ich kenne noch Zeiten, wo die Bibliothekare in Treptow-Köpenick eine Entgeltgruppe weniger verdienten als zum Beispiel in Mitte. Ist das mittlerweile in allen Bezirken gleich, oder gibt es immer noch dieses, dass man sich zum Teil gegenseitig Beschäftigte abwirbt, weil die Stellen unterschiedlich dotiert sind? Das wäre eine missliche Situation, zumal wir aufgrund von begrenzten Ressourcen, Altersschnitt und Ähnlichem überall zu wenig Personal haben und es wahrscheinlich auch nicht einfacher wird, es zu gewinnen.

Die letzte Frage: Wo wird sich möglicherweise in den Arbeitsaufgaben der Bibliothekare etwas verändern? Ich kenne noch die Diskussion, wo RFID und die digitale Verbuchung eingeführt wurde. Da kamen dann die Personalräte und sagten, dass die Bibliothekare arbeitslos gemacht werden. Die Bedenken habe ich schon damals nicht verstanden, weil wir immer noch genug Arbeit für zu wenig Personal hatten. Wo ändert sich möglicherweise der Aufgabenkreis, dass Standardaufgaben wie Verbuchungen usw. künftig automatisiert erfolgen, wo man selbst scannt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andere Aufgaben wahrnehmen können, die eher service- und kiezzentrumsorientiert sind, wie Sie es vorhin schon ausgeführt haben? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Das war die letzte Meldung, die ich auf der Redeliste hatte. Dann habe jetzt wieder unsere Anzuhörenden das Wort. Ich würde sagen, diesmal gehen wir in alphabetischer Reihenfolge vor und beginnen mit Herrn Heller.

Volker Heller (Generaldirektor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ZLB): Vielen Dank! – Das war so ein großes Spektrum an Themen, das Sie aufgemacht haben, dass ich mich gerade frage, worauf ich mich fokussieren kann und soll, um im Zeitrahmen zu bleiben. Wenn es hinterher noch gezielt Fragen gibt, kommen Sie gern noch mal direkt auf mich zu,

und das gilt sicherlich auch für die Kollegin und den Kollegen. Wir stehen Ihnen immer gern für eine Vertiefung im Gespräch zur Verfügung.

Ich greife ein paar Punkte auf, die für die Zentral- und Landesbibliothek eine besondere Rolle spielen oder sich gezielt auf das Gesetz bezogen. Es wurde die Frage nach dem KOBV gestellt, welche Bedeutung das für die Bibliothekslandschaft in Berlin hat. Der KOBV hat eine unterschätzte Bedeutung. Das ist eine B2B-Einrichtung, eine Einrichtung, die zwischen den Institutionen der Bibliotheken vermittelt und Dienstleistungen für diese erbringt, und es ist den Berlinerinnen und Berlinern, den Bürgerinnen und Bürgern gar nicht bekannt, dass es sie so gibt, aber sie leistet im Hintergrund wertvolle Dienste, wenn es um Katalogarbeiten insbesondere im Digitalen geht, um Archivierungsfunktionen und Ähnliches, also eine Hintergrundinstitution. Sie ist wichtig. Sie erfüllt wichtige Funktionen vor allen Dingen für die wissenschaftliche Bibliothekslandschaft, aber auch für uns im Bereich des VÖBB, also der Öffentlichen Bibliotheken, gerade was den Katalog angeht. Das ist eine nicht zu unterschätzende Institution in Berlin, die weiter gestützt werden muss.

Sie haben nach Best-Practice-Beispielen in anderen Ländern gefragt, Frau Dr. Schmidt. Im Moment sind es Städte wie Oslo und Helsinki, die auch ein System aus Zentralbibliothek und dezentralen Standorten haben, aber mit einer sehr modernen, zeitgemäßen Bibliotheksdenke daherkommen, die Bibliothek als sozialen und gesellschaftlichen Ort verstehen, der wissensbasiert ist, aber weit über das Thema „Mediennutzung und Ausleihe“ hinausgeht.

Dann gab es die Frage nach den digitalen Bürgerdienstleistungen, nach der Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger im Bereich von Onlinetransaktionen. Hier arbeiten wir seit Jahren an einem Konzept für Bürgerterminals, das heißt, für fast ein Viertel der Bevölkerung in Berlin, für die Bürgerinnen und Bürger, die nicht in der Lage sind, die neuen digitalen Verwaltungsdienstleistungen ohne Hilfe selbst zu Hause oder an einem anderen Standort in Anspruch zu nehmen, weil ihnen entweder die Geräte fehlen oder sie mit den Geräten nicht umgehen können, weil funktionaler Analphabetismus vorliegt, zumindest graduell, oder weil es sonstige Sprachbarrieren gibt. Für diese Menschen wollen wir als Bibliotheken die digitale Teilhabe auch an Verwaltungsdienstleistungen und anderen Dienstleistungen ermöglichen. Ich erwähne nur mal, dass Sie kaum mehr in Berlin einen Arzttermin kriegen, wenn Sie den nicht vorher online gebucht haben. Was machen Menschen, die das nicht können? – Die sollen in die Bibliothek gehen, und dort wird ihnen geholfen.

Das ist unser Ansatz, weil wir als Bibliotheken ein breit verteiltes Filialnetz quer über die Stadt haben. Ich glaube, es gibt mehr Bibliotheksstandorte als Bürgerämter. Die Öffnungszeiten dürften auch umfangreicher sein als die von Bürgerämtern. Wir haben auch die Infrastrukturen, haben schon Technologie vor Ort. Es geht jetzt darum, wie wir ein Beratungssystem installieren, indem wir Bürgerinnen und Bürger konkret helfen, auf diesen Websites zu navigieren. Ich bin sehr froh, dass es in den Haushaltsberatungen innerhalb der Koalition gelungen ist, uns hierfür eine Unterstützung zu ermöglichen, dieses System für die nächsten drei Jahre als Piloten in Berlin einzuführen. Das ist ein enormer Fortschritt. Dafür sind wir sehr dankbar, weil wir jetzt in die Möglichkeit kommen, das Ausgedachte in die Praxis zu überführen, auszuprobieren und festzustellen, ob das so im Land Berlin funktionieren kann. Sie werden in den nächsten Jahren etwas über Bürgerterminals in den Öffentlichen Bibliotheken hören.

Es kam die Frage nach Personal und Eingruppierung. Das wird sicherlich von den Bezirksvertretern beantwortet, aber dazu noch der Hinweis: Es hat einen neuen Tarifvertrag gegeben oder im Tarifvertrag neue Regelungen zur Eingruppierung von Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeitern. Das ist wichtig und gut, aber wir haben nach wie vor auf bezirklicher Ebene zwölf Personalämter in der Stadt mit unterschiedlicher Praxis und Philosophie und unterschiedlichen Fragestellungen dortiger Bearbeitung. Das macht es den Kolleginnen und Kollegen – das kann ich jetzt mal aus der Außensicht der Stiftung sagen – unglaublich schwer, hier einheitlich vorzugehen oder auch mal Quereinsteiger mit entsprechenden Qualifikationen reinzuholen, die sie bei dem Leistungsspektrum, das wir heute als Bibliotheken anbieten, dringend brauchen. Sie brauchen noch andere Kompetenzen außer der bibliothekarischen Ausbildung, und da tun sich zum Teil diese Querschnittsämter in den Bezirken wahnsinnig schwer, hier einen modernen Service zur Unterstützung zu bieten, indem entsprechendes Personal reingeholt werden kann. Ich darf das deutlicher sagen, als Sie das vielleicht als Fachbereichsleiter können. Auch das ist eigentlich beschämend für eine Stadt wie Berlin.

Herr Dr. Juhnke! Weil Sie danach gefragt haben, wo die Verzögerung beim ZLB-Neubau liegt: Die ZLB selbst hat alle Voraussetzungen für die Prüfung des Bedarfsprogramms geschaffen. Aus meiner Perspektive sind auch die Voraussetzungen beim Senator für Kultur weit vorangetrieben worden, aber in diesem Projekt arbeiten auch noch andere Beteiligte, andere Senatsverwaltungen und ein Bezirk. Da sind, glaube ich, auch noch Punkte offen und kann das Engagement noch ein Stückchen weit größer werden, dieses Projekt zu einem Erfolg zu bringen. – Das vielleicht erst mal von meiner Seite.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Maase!

Anne Maase (Fachbereichsleiterin der Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg): Ich werde auch einen kleinen Teil abarbeiten. Sie sehen mich ganz beglückt ob des Spektrums Ihrer Fragen. Auch von meiner Seite wirklich das Angebot – ich weiß, Sie haben alle viel zu tun, aber wir werden jetzt nicht alles beantworten können –: Schauen Sie einfach jederzeit vorbei. Auch Ihre Büros, greifen Sie auf uns zu, rufen Sie an, und dann stehen wir jederzeit für Einzelfragen zur Verfügung.

Frau Billig! Bei den Stellen habe ich mich offensichtlich missverständlich ausgedrückt. Das ist genau so: Bei der Zielmarke aus dem Rahmenkonzept kämen wir für Friedrichshain-Kreuzberg auf 100 Stellen, mit dem entsprechenden Defizit von 47 Stellen. Der Stellenbedarf deckt sich dann – das kann man hochrechnen – mit dem, den sie für ganz Berlin ausgemacht haben. Der lag nach diesem Zielmarkenmodell bei knapp 500 Stellen. Ich wollte nur plastisch machen, wie sich das in meinem Bezirk auswirken würde. Es geht nicht um nicht besetzte Stellen, die ich eigentlich hätte.

Es gab von Ihnen zu Recht die Frage nach den Berufsprofilen – das ist hier mit verschiedener Konnotation mehrfach aufgetaucht –: Über welche Profile reden wir eigentlich? – Das kann man eigentlich nur verknüpfen mit den neuen Aufgaben und auch mit den Anforderungen, auch das ist gefallen, dass wir neue Zielgruppen in die Häuser holen. Ich habe gesagt, ich habe 53 VZÄ. Ich glaube, ich habe 61 Leute, sehr viele Teilzeitleute. Von denen sind vier keine Bibliothekarinnen, Bibliothekare oder die sogenannten FaMIs. Das ist der Ausbildungsberuf Fachangestellte oder -angestellter für Medien- und Informationsdienste. Oder es sind fünf. Ich habe zwei Leute, die wirklich nur Verwaltung machen. Für uns alle, für die fünf

Häuser, für die 60 Leute, die ich habe, habe ich zwei Leute, die Mittelbewirtschaftung, klassische Buchhaltung, KLR, Beschaffung usw. machen. Das sind zwei. Dann habe ich – das macht einen riesigen Unterschied – eine IT-Leitung, einen Medieninformatiker, großes Glück. Das braucht man mittlerweile auch. Dann habe ich eine Medienpädagogin, auch ganz großes Glück – dazu komme ich noch bei der Frage nach neuen Zielgruppen –, und dann gibt es mich und einen Kollegen für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen im weitesten Sinne. Diese ganzen neuen Aufgaben erledigen der Kollege und ich und ein bisschen die Medienpädagogin. Die anderen 50 machen sozusagen den noch klassischen Regelbetrieb. Die braucht es auch, die wird es weiterhin geben. Lassen Sie mich als Nicht-Bibliothekarin ganz deutlich sagen: Es hat einen Grund, warum das eine Wissenschaft ist. Die brauchen wir im Regelbetrieb. Wir brauchen sie an den Theken, und wir brauchen sie in den Stockwerken, und dort haben wir sie nicht. Das heißt, der Mangel an Personal geht auf jeden Fall auch in Richtung Fachpersonal, Bibliothekarin, Bibliothekar und FaMIs. Er geht aber auch in neue Berufsprofile wie zum Beispiel Medienpädagogik, wo ich eine habe. Ein Sozialraummanager oder eine Sozialraummanagerin wäre das Nächste, was ich einstellen würde. Da sind wir bei der ganzen Sache Communitys.

Ich hatte im letzten Jahr acht verschiedene Fördertöpfe. Insgesamt war ich bei 600 000 Euro, 700 000 Euro, die ich bekommen habe. Dafür bin ich ganz dankbar. Das waren SIWA-, Europa- und Bundesmittel. Das waren Quartiersmanagementmittel. Die Abrechnung von diesen acht Töpfen lag bei mir. Das mache ich noch neben 60 Leute, Personal, Strategie und Verwaltung. Das bin alles ich. Ich habe keine Verwaltungsleiterin, Personalleiterin. Das heißt, wenn ich allein eine Person hätte, die das professionell machen könnte – Schauen Sie sich die großen Förderinstitutionen an, die Kulturstiftung des Bundes. Die haben Programme, die wären für uns ein Traum. Da könnten wir uns auch sofort bewerben. Die Ideen haben wir alle. Ich brauche aber irgendjemanden, der es dann begleitet, der auf Zeit jemanden einstellt, der es abrechnet. So eine Person würde sich selbst rechnen und würde uns ein ganzes Spektrum erschließen. Das wäre eine Aufgabe, die ich keiner klassischen Bibliothekarin und keinem klassischen Bibliothekar geben würde. Da sind wir tatsächlich in dem Bereich, aus dem ich selbst komme. Ich bin von Hause aus Soziologin und Kulturmanagerin.

Neue Zielgruppen: Wir sind jetzt in der glücklichen Situation, dass wir schon ein ukrainisches Familiencafé haben, verschiedene Kurse für ukrainische Jugendliche. Warum haben wir das alles so schnell? – Weil wir bei uns im Bezirk gut vernetzt sind, und wir hatten ukrainische Vereine, die zu uns gekommen sind und gesagt haben: Ihr habt doch Räume, ihr seid doch hier. Wir sind die Mittler, und das ist der Bedarf. – Das hat gut funktioniert. 2015 – ich kann nur Friedrichshain-Kreuzberg sprechen – ist das ein bisschen anders gewesen. Da haben wir das gemacht, was wir können, was auch meine Leute können, wir haben nämlich sehr schnell, um ein Ort für die geflüchteten Neuberliner und -berlinerinnen zu sein, in den Muttersprachen Literatur beschafft. Das können wir. Dafür hat es Mittel gegeben. Das hat wunderbar funktioniert. Wir haben Deutschlehrbücher angeschafft. Wir haben es ermöglicht, dass sie schnell und vergleichsweise niedrigschwellig einen kostenlosen Ausweis bekommen. Gekommen sind sie trotzdem fast nicht.

Dann haben wir uns gefragt, warum sie nicht kommen. Es hat sich herausgestellt – das stellt sich jetzt für die Ukrainer anders dar –, dass wir ein niedrigschwelliger Ort sind, aber wir sind für diese Klientel nicht niedrigschwellig genug gewesen, wo es gar keine Deutschkenntnisse gab. Um die zu kriegen – das haben wir dann gemerkt, wenn wir mit Geflüchteten in Unter-

künftigen usw. ins Gespräch gekommen sind –, müsste man sie eigentlich eins zu eins betreuen. Die bräuchten jemanden, der sie zu uns ins Haus begleitet und sie muttersprachlich einweist in das, was wir tun, und das wäre wirklich fast eine Eins-zu-eins-Betreuung. Diese Zielgruppe bräuchten wir unbedingt. Das ist mit unsere Kernaufgabe. Das kann ich nicht leisten. Das kann ich jetzt auch mit einer Medienpädagogin für Friedrichshain-Kreuzberg – – Die macht das schon. Die geht in diese Unterkünfte und arbeitet dort mit den Kindern. Aber das ist eine Schnittstelle, wo ich Personal bräuchte, was ein Unterschied zu dem macht, was ich an geballten Kompetenzen jetzt schon im Haus habe. Neue Zielgruppen heißt immer auch zielgruppengerechte Ansprache, und die, die noch nicht kommen, sind immer deutlich aufwendiger zu kriegen als die, die schon kommen. – Das vielleicht nur an der Stelle.

Ich will nur eine ganz kleine Bresche, aber das muss ich machen, für die Bezirke schlagen: Das liegt vielleicht auch daran, dass ich wirklich sagen kann, dass ich in meinem Bezirk, in Friedrichshain-Kreuzberg, so ziemlich jede Unterstützung für die Bibliotheken bekomme, die es geben kann. Die Bezirke müssen in 2022 und 2023 – ich glaube; es ist schon eine Weile her – 78 Millionen Euro einsparen. Sie wissen das besser als ich. Die Gestaltungsspielräume sind wahnsinnig begrenzt. Also, dass die Bezirke quasi sagen können: „Ich mache die Bibliotheken auf dem Niveau vom Rahmenentwicklungsplan und dafür spare ich ein bisschen bei der VHS“, so sind die Zustände nicht. Diese Spielräume gibt es so nicht. Dass wir sozusagen von diesen Einsparungen im Grunde genommen fast unbeeindruckt jetzt da rausgesegelt sind, da haben sich meiner Meinung nach die Bezirke schon nach der Decke gestreckt. Natürlich gibt es Möglichkeiten, was sich auch dankbarerweise im Haushalt schon abzeichnet, die Bibliotheken direkt zu stärken, auch vermittelt über die Bezirke. Solche Möglichkeiten lassen sich finden. Ich verstehe natürlich, dass man sagt, man will nicht eine Institution meinen und die Globalsumme verschluckt es. Das ist mir völlig klar, aber ich glaube, da gibt es andere Möglichkeiten.

Eine Frage war: Was hat das Konzept bisher gebracht? – Das Konzept hat gebracht, dass der Bedarf wissenschaftlich, fachlich abgesichert zusammengefasst ist und auf dem Tisch liegt, und auch der finanzielle Bedarf.

Zur Frage, ob wir dann vielleicht mit ein paar Aufgaben warten müssen und uns erst mal auf das, was früher unsere Kernaufgabe war, nämlich Medien verleihen, zurückziehen müssen, bis wir da eine bessere Ausstattung haben, würde ich ganz klar sagen: Nein. Das geht gar nicht. Es gibt diese gesellschaftlichen Anforderungen an uns, und wir haben die auch schon angenommen. Wir sind im Selbstverständnis da, und wir können, wollen und werden Zahnpasta nicht zurück in die Tube drücken, das heißt, wir wollen diese dritten Orte sein. Wir wollen Orte sein für Demokratie. Wir wollen Orte der Begegnung sein, die es so bisher nicht gibt. Wir wollen die Orte sein, wo in den Kiezen die spannenden Diskurse und die spannenden Veranstaltungen stattfinden. Das alles sind wir auch schon, und, wie gesagt, wir sind es nicht flächendeckend. Wir sind es nicht in dem Zeitumfang, auf dem Niveau, auf dem wir es gerne wären. All das erhoffen wir uns natürlich von einem Gesetz. Wenn es so sein sollte, dass wir einzelne dieser Aufgaben nicht übernehmen sollen, dann müssten Sie uns das explizit in das Gesetz schreiben, ansonsten werden wir tun, was wir können, und uns weiterhin nach der Decke strecken. Vielleicht so viel.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Eigentlich möchte ich nicht unterbrechen, aber ich muss, weil sich jetzt schon abzeichnet, dass wir es, wenn wir Herrn Rogge noch anhören, auf keinen Fall schaffen, wenigstens halbwegs rechtzeitig in die Lüftungspause zu gehen. Deswegen würde ich tatsächlich hier für die Lüftungspause unterbrechen. Herr Rogge, es tut mir leid! Sie setzen dann nach der kurzen Unterbrechung fort. Wir unterbrechen aber jetzt erst mal kurz für 15 Minuten.

[Lüftungspause von 16.03 bis 16.22 Uhr]

Die Lüftungspause ist vorüber. – Herr Rogge, Sie haben das Wort, um aus Ihrer Sicht auf die Fragen zu antworten. Bitte!

Stefan Rogge (Leiter der Stadtbibliothek Mitte): Vielen Dank, mit neuer Luft sozusagen! – Es gab eine ganze Reihe Fragen, die möglicherweise aber zur selben Antwort oder zur selben Lösung kommen. Was wir tatsächlich benötigen, ist Personal für Struktur. Es geht immer um Strukturen. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren gelernt oder auch seit Ende der Einsparungen so, sage ich mal, 2017 – – bis dahin immer gelernt, aus wenig mehr zu machen. Das bedeutet, bei der Drittmittelakquise werden wir sehr gut unterstützt durch die Senatskulturverwaltung, gerade auch durch Herrn Schmock-Bathe, der vorne sitzt. Ich möchte mich noch mal herzlich bei Ihnen bedanken. Das heißt, Fördertöpfe aufzumachen, neue Projekte aufzusetzen und zu implementieren, das funktioniert sehr gut, und es funktioniert sehr gut, wenn man die Strukturen hat, um das verarbeiten zu können. Hier geht es nicht um den 63. Magaziner oder Ähnliches, wenn man relativ viel automatisiert, auch mit RFED, sondern es geht immer um das Personal, um Strukturen zu schaffen, die sich selber auch stärken können, und daran mangelt es. Früher habe ich immer gesagt, wir brauchen mehr Denkerstellen, also Leute, die konzeptionell arbeiten, die einen Regiebetrieb organisieren können, und das für unterschiedliche Arbeitsbereiche.

Das nimmt vielleicht auch ein bisschen die Antwort vorweg auf die Frage nach dem Ehrenamt. Ehrenamt haben wir, Vorleserinnen und Vorleser, Leute, die die Lesegärten pflegen, teilweise auch Menschen, die kommen, um bei uns rückzusortieren. Das passiert alles, aber das passiert alles nebenbei, organisiert durch die Häuser. Das hat keine Struktur. Da gibt es andere, die machen uns das vor. Da muss man nur nach Hamburg gucken. Die haben neben ihrer eigentlichen Organisation eine Organisationseinheit aufgemacht, die sich tatsächlich um das Ehrenamt kümmert und in klarer Abgrenzung auch zu den Kernaufgaben sagt: Wir nehmen ganze Bereiche wie zum Beispiel die Förderung der Spracherwerbs, machen Sprachcafés auf, und das wird koordiniert von einer Stelle. Da hat aber so eine Ehrenamtsagentur oder Organisationseinheit vier oder fünf Beschäftigte, die das dann leisten für die Stadt.

Genauso sieht es aus bei anderen Strukturen, wo es um größere Projekte geht. Da braucht man so etwas wie ein strategisches Projektmanagement zum Beispiel in den Bezirken. Das ist dann vielleicht eine Stelle oder anderthalb Stellen, die sagen: Okay, ich nehme jetzt mal von den Bibliotheksleitungen, die sich um ganz andere Dinge kümmern müssen – da sind die Toiletten kaputt, dann muss eine Mängelmeldung geschrieben werden, der Dienstplan kracht schon wieder auseinander – das heißt also Leute, die wirklich den Kopf frei haben, um diese Dinge zu tun, um dann wieder einen Mehrwert zu erzeugen.

Zu den Auszubildenden: Die gibt es tatsächlich genug. Wir in Mitte bilden über Bedarf aus, fünf Auszubildende jedes Jahr, und ich muss die Leute wegschicken. So viele Stellen habe ich nicht, die frei werden und zur Verfügung stehen, aber wenn ich die Stellen hätte, könnte ich deutlich mehr Auszubildende zu Fachangestellten für Medien-Info-Dienste einstellen, die sich übrigens dann auch weiterqualifizieren. Es macht eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen bei uns an der FH Potsdam den Bachelor Bibliothekswesen nach. Ich glaube, wenn wir die Stellen haben, dann bekommen wir sie auch besetzt, gar nicht so sehr übrigens, dass wir uns selber kannibalisieren – das passiert auch schon ein, zwei mal. Die Frage kam ja vorhin auf. Die Leute, die wir verlieren, verlieren wir eher an den Bund, weil trotz der Änderung im TVL gerade im bibliothekarischen Bereich dort die Leute besser bezahlt werden. Ich glaube bei den Fachangestellten Medien-Info-Dienste war der Wegfall der spezifischen Tätigkeitsmerkmale im TVL ein echter Segen. Wir haben eine viel größere Durchlässigkeit zwischen Entgeltgruppen E5, E9a. Bei den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren sieht es ganz mau aus. Da müssten meines Erachtens die Tarifpartner noch mal ran.

Zu den Unterschieden in den Bezirken: Ja, die gibt es. Die sind durchaus auch gewollt. Das ist auch ein Teil dieser föderalen Struktur, dass die Bezirke selber Schwerpunkte setzen können. Schwierig ist, wenn sie die Schwerpunkte setzen: Ich mache Bibliothek auf dem Level Aldi, also Medienkiste auf und rausgestellt. – Dann wird es schwierig, weil die Basics wegbrechen. Dass man bestimmte Schwerpunktbereiche ausbildet, finde ich normal, auch in den Sozialräumen. Die haben unterschiedliche Strukturen, auch unterschiedliche demographische Strukturen, und da ist ein Zauberwort, das uns sehr geholfen hat im Verbund, etwas gemeinsam zu tun mit gemeinsamer Finanzierung. Das hat uns in den letzten Jahren häufig die Beine weggehauen, wenn es hieß: Wir müssen jetzt auf den letzten der zwölf Bezirke warten, um ein gemeinsames Projekt voranzubringen. – Was sehr gut funktioniert, sind zentral finanzierte Projekte für alle.

Es gab vorhin auch die Frage – ich glaube, Herr Meyer hatte sie gestellt –: Muss man nicht erst mal konsolidieren, um dann entwickeln zu können? – Ich glaube, da haben sich auch die

Nutzererwartungen und das Nutzungsverhalten verändert. Es würde uns, glaube ich, nicht gut tun, die Entwicklung auf die lange Bank zu schieben, aber konsolidieren, ja, in dem Sinne, dass man sagt: Das Basisangebot, die technische Infrastruktur, der Verbund als solcher, das Bibliotheksmanagementsystem, die VÖBB-Servicezentrale, wenn das zentral finanziert wäre, wäre es eine große Hilfe, weil sich dann die Bezirke tatsächlich um ihre lokalen Belange kümmern können und nicht immer in Erwägung ziehen müssen, ob sie noch einen Roboter für die Leseförderung kaufen oder möglicherweise einen kaputtgegangenen PC für die OPAC-Geräte ersetzen – also das heißt, die Basis absichern, das, was man zentral machen kann über eine zentrale Finanzierung.

Es waren tatsächlich viele Fragen, ein paar andere kleinere Sachen auch: Die Bibliothek der Dinge, wie wird das eigentlich entschieden? – Nein, wir wollen keine Konkurrenz werden zum Bauhaus oder zu anderen. Es geht immer um Aktivierungen. Das heißt also, da wo wir sehen, es gibt ein Interesse der Menschen, sich in bestimmten Dingen auszuprobieren, voranzuschreiten, möglicherweise beim Thema Nachhaltigkeit oder anderes, dann zu sagen: Das lösen wir nicht für dich. Wir können nur Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, und das unterstützen wir. – Also nicht, jeder bekommt alles, sondern da, wo sich der Bedarf artikuliert, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und mit den Angeboten, die wir haben, die Leute selber zu aktivieren – in den Makerspaces. Wir bauen nicht für die irgendetwas, sondern sagen: Wir stellen das zur Verfügung und unterstützen dich. Baue es bitte selber!

Es war noch das Beispiel Fitnessstudio angesprochen worden – es muss nicht immer ein Trainer dabei sein. Das ist tatsächlich ein Gedanke, den wir auch haben. Das haben sie in den wissenschaftlichen Bibliotheken sehr häufig. Da können die Studierenden in den Abendstunden nach 20 Uhr bis in die Nacht die Räume und Arbeitsplätze nutzen, haben aber möglicherweise keine Beratung. Das kann ich mir für uns auch sehr gut vorstellen. Technisch, wie gesagt, gibt es das alles schon in Skandinavien durch diese sogenannte Open-Library-Technik unterstützt, wo man sich selber mit seinem Leseausweis in die Bibliothek reinlässt, auch wenn keine Fachangestellter für Medien-Info-Dienste da ist. Auch das sind organisatorische Strukturen wiederum, die Koordination brauchen. Das heißt also, wir brauchen Menschen, die in der Lage sind, zu diesen Problemen nicht die Bibliotheken mit ganz viel Geld, Finanzen, Personal zuzuschmeißen, sondern ganz gezielt an der Stelle zu sagen: Wenn ich den Hebel ansetze, gewinne ich damit die Qualität, die Quantität in der Bibliothek.

Wir haben auch Bibliotheken im Netz in Mitte, die werden als Ein-Personen-Bibliothek geführt. Das sind die ganz kleinen Kiezbibliotheken, die eine wahnsinnig wichtige Funktion haben als Anlaufstelle, gerade für die Kinder, Jugendlichen und Eltern. Da spielt die Medienausleihe nicht eine ganz so große Rolle. Wir brauchen auch keine 30, 40 Personalstellen dafür, sondern das sind quasi One-Person-Libraries und erfüllen trotzdem eine wichtige Funktion. Deswegen gibt es auch da keine Konkurrenz zwischen Bibliothek in der Fläche und großen Einrichtungen, sondern in den großen das, was die Leute auch in großen Einrichtungen erwarten, und in den kleinen das, was im Kiez notwendig ist. Dafür gibt es Konzepte, die Sie auch im Rahmenkonzept finden. Da sagen wir: Jede Bezirksregion in Berlin soll versorgt sein. Das kann aber auch eine Versorgung sein möglicherweise über mobile Angebote oder durch die deutlich leistungsstärkere Bibliothek, die vielleicht auf der Grenze zweier Bezirksregionen liegt. – Aber auch das muss noch passieren, das heißt, die Standortsituation in Berlin müssen wir uns noch mal deutlich angucken und sagen: Wo sind eigentlich unsere schwarzen Löcher? – denn das ist das Erschreckende, dass wir möglicherweise ganze Gebiete haben, die abgehängt sind, weil vielleicht die Bibliothek nicht in der Nähe eines Einkaufszentrums ist. Eigentlich müssten unsere Häuser direkt in der Einkaufsstraße, in den Einkaufszentren liegen, damit die Leute auf dem Weg zum Einkaufen noch mal schnell in die Bibliothek gehen können.

Was Sie auch brauchen, was die Qualität angeht, sind zum Beispiel Lesecafés. Es gibt einen niederländischen Architekten, der baut sehr viel in der Bundesrepublik, Aat Vos, und der sagt, er macht das so, er stellt eine Kaffeemaschine hin und darum baut er die Bibliothek. Das entspricht dieser Idee des Dritten Ortes und hat dann die Qualität, die wir brauchen, um zu sagen: Da hält man sich gerne auf, und wir nehmen die Leute mit. – Denn es ist doch anders, ob man möglicherweise eine Lehrmittelbefreiung hat als Elternteil und die Schulbücher gestellt bekommt. Das sind Schulbücher. Ich hätte den Teufel getan in meiner Kindheit, wenn ich Langeweile gehabt hätte, immer in ein Schulbuch reinzugucken. Das wäre vielleicht besser gewesen für meine Abi-Note, das gebe ich gerne zu, aber Spaß am Lesen heißt auch Spaß an dem Lesestoff, den ich mir aussuche, und das sind dann vielleicht auch Abenteuerromane. Das können auch Comics sein und Ähnliches. Das bekommen Sie sozusagen über die formale Unterstützung nicht abgesichert. Da braucht es dann tatsächlich die Bibliothek mit der Kostenfreiheit.

Ich habe ganz viel auf der Liste, aber schicken Sie gerne, wenn Sie weitere Fragen haben – wir sind im Internet zu finden –, eine Mail zu einzelnen Fragen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Ich habe noch eine Nachfrage von Frau Dr. Schmidt auf der Redeliste.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Nachfragen habe ich auch, aber vor allem will ich eines sagen, um Frau Maase und Herrn Rogge vielleicht ein bisschen zu beruhigen: Die 78 Millionen Euro pauschale Minderausgaben sind abgeräumt, die wird es nicht mehr geben, also gibt es kein Argument der Bezirke, irgendwo in Medienetats oder sonstige Dinge reinzugreifen, im Gegenteil. Ich bin die Letzte, die Bezirke-Bashing betreibt. Ich weiß, dass es schwierig ist, im Rahmen der Globalsummen Schwerpunkte zu setzen. Die Bezirke haben sehr unterschiedlich Schwerpunkte gesetzt. Ein Beispiel hat Herr Förster vorhin genannt: Steglitz-Zehlendorf oder Mitte, das ist auch schon ein Unterschied. – Was ich vorhin deutlich machen wollte, ist: Wenn wir hier einen Schwerpunkt setzen und sagen, wir wollen einen Bibliotheksentwicklungsplan auf den Weg bringen, dann muss das auch mit Angeboten vor Ort untersetzt sein. Ansonsten beschreiben wir hier gemeinsam eine leere Hülle, und das wäre schade.

Meine Bitte ist, weil der Senat auch noch die Stellungnahme vor sich hat und noch ergänzen will: Ich glaube, dass wir uns alle sehr einig sind, was die Zentral- und Landesbibliothek betrifft. Es wäre gut, wenn der Senat noch mal darauf verweisen würde, wie hier das Procedere ist. Wir haben die Beratungen zu den Investitionsplanungen noch vor uns. Aber was geht hier in der nächsten Zeit für die Zentral- und Landesbibliothek? Es wäre schon gut, ich glaube, auch für Sie, das mitnehmen zu können. Und was das Beteiligungsverfahren betrifft, werden wir uns auch in kürzester Zeit verständigen, wie wir das auf den Weg bringen wollen. Dass Sie davon ein wichtiger Teil sind, davon gehe ich ganz fest aus, denn ohne Sie geht es nicht.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe da tatsächlich keine Frage an die Anzuhörenden herausgehört. – Dann würde ich jetzt das Wort dem Senat für das Schlussstatement geben. – Herr Staatssekretär Dr. Wöhlert, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Vielen Dank fürs Wort! – Ich versuche, mich kurz zu halten, auch mit Blick auf die Uhr. – Wir haben heute viel gehört, unter anderem auch, wie lang der Weg noch ist, den wir vor uns haben, bis Berlin ein Bibliotheksniveau erreicht hat, das in anderen Großstädten schon da ist. Sie haben auch gehört, dass die Trendwende 2017 eingeleitet wurde, als diese Koalition in der vorigen Legislaturperiode das zu einem Schwerpunkt gemacht hat.

Auf die Frage: „Was ist denn erreicht worden seit der Bibliotheksentwicklungsplanung?“, hielt Frau Maase vorhin dieses Heftchen hoch und sagte: Dies! – Das will ich noch mal unterstreichen, weil das nicht so selbstverständlich ist, dass man tatsächlich in einem auch partizipativen Prozess mit ganz vielen Fachleuten mal aufschreiben darf, was wirklich gebraucht würde, wenn man nicht Wünsch-dir-was spielt, sondern wenn man sozusagen die fachlichen Maßstäbe anlegt. Dass das dann tatsächlich auch von einem Senat und einer Finanzverwaltung, die immer guckt, dass möglichst Zahlen drinstehen, die die Messlatte nicht so hoch legen, sodass man ständig darunter durchspringen muss – – Also, dass wir diese Planung haben und dass wir sie jetzt mit den Zahlen – sowohl Stellen- als auch Finanzbedarf als auch Flächenbedarf – haben, ist ja schon mal nicht nichts. Wenn man daran gemessen wird, wie gesagt, werden wir wahrscheinlich, Herr Rogge, die nächsten zehn Jahre immer unter der Latte durchspringen, aber wir kommen langsam vorwärts.

Diese Bibliotheksentwicklungsplanung hatte, hat und wird in Zukunft drei Ausflüsse haben. Das eine ist, wenn Sie sich den Koalitionsvertrag angucken und wenn Sie sich angucken, zu welchen auch finanziellen Bekenntnissen sich die Koalition verständigt hat, was Bibliotheken und Bibliotheksentwicklungsplanung betrifft, dann dürfen Sie, lieber Herr Juhnke, nicht nur im Kulturhaushalt gucken, sondern da werden Sie in Kapitel 27, und zwar aus den Ressourcen des Kulturhaushaltes in den Verhandlungen mitgestemmt, für 2022 und 2023 3 Millionen Euro finden, die als Personal bei den Bezirken ankommen sollen und – Stand heute; das werden wir spätestens bei der Schlusslesung im Parlament genau wissen, da bin ich sehr optimistisch – auch tatsächlich in den Bezirken ankommen. Herr Rogge! Dann ist es, wenn es nach uns geht, den Bezirken überlassen, ob sie daraus Funktionsstellen machen oder etwas anderes. Die Freiheit sollten sie dann haben. Diese Zahl wächst zumindest, wenn man sich den Koalitionsvertrag und die zahlenmäßige Untersetzung in den Verhandlungen anguckt, dann sukzessive auf 7 Millionen Euro auf. Ob das eine Latte ist, über die wir in zwei Jahren noch mal rüberkommen, weiß ich nicht. Niemand weiß, wie sich der Krieg in der Ukraine und andere globale Katastrophen entwickeln, aber immerhin: Die Koalition traut sich, so etwas aufzuschreiben, so etwas festzulegen und sich daran messen zu lassen. – Das ist eines.

Ad 2 hat in der Senatskanzlei ein Prozess begonnen unter der großen Überschrift: „Verwaltungsmodernisierung, Neuabstimmung Bezirke – Senat“, um Zielvereinbarungen zwischen den Bezirken und dem Senat abzuschließen. Hier gibt es ein einziges Kulturthema, und das ist Bibliothek und Bezirke. Auch hier werden wir, ohne dass ich den einzelnen Arbeitsgruppen vorgreife, unter Umständen zu Vereinbarungen kommen, die dann verbindlichen Charakter haben. Wenn diese Vereinbarungen über das hinausgehen sollten, was wir ohnehin schon im Haushalt haben, dann wird man das auch mit zusätzlichem Geld unterlegen müssen.

Die dritte Säule oder der dritte Ausfluss, den diese Bibliotheksentwicklungsplanung haben soll und haben wird, ist dann schließlich das Bibliotheksgesetz. Ich kann jetzt für die Kulturverwaltung sprechen. Wir werden uns konkret ab der zweiten Jahreshälfte 2022 mit der Ausformulierung oder schrittweisen Erarbeitung eines solchen Gesetzes beschäftigen. Wir werden das natürlich in der Konsultation mit den Bezirken, mit der Zentral- und Landesbibliothek, mit anderen Stakeholdern machen und auch nur machen können. Der Fokus, Herr Heller hat es angedeutet, wird erst mal auf den öffentlichen Bibliotheken liegen und liegen müssen. Herr Heller hat das in seinem Dreiklang sehr gut zusammengefasst. Es wird darum gehen, Aufgaben zu präzisieren, Leistungsversprechen abzugeben, diese durch Standards abzusichern. Der Kern ist natürlich, dass man diese Standards dann, über welche Mittel auch immer, quasi als Pflichtaufgabe definiert und damit eine gewisse Sicherheit bietet, dass Bibliotheken nicht, wie es zwischen den Jahren 1995 und 2005 passiert ist, der Notgroschen der Bezirke waren, um Einsparvorgaben erbringen zu können. Und das sollte ein Gesetz leisten können.

Was es nicht leisten wird – das habe ich heute hier noch nicht gehört, aber auch das muss man sich bewusst machen, was ein Bibliotheksgesetz nicht leisten können –: Es wird versuchen, Gleichwertigkeit herzustellen, aber keine Gleichheit. – Das wollen wir innerhalb des föderalistischen Systems der Bezirke nicht, und das wird auch nicht zu erreichen sein. Aber wohin wir kommen wollen, jedenfalls ist das die feste Haltung in der Brunnenstraße, das ist, dass wir Standards und Finanzvolumina konkret festschreiben können für einen Zeitpunkt von A bis B und dann – die Analogie ist schon gezogen worden von verschiedenen – analog zum Jugendförder- oder Beteiligungsgesetz ein Verfahren verabreden, wo wir das nachjustieren können und wo wir dann natürlich Veränderungen in der gesamten Stadtlandschaft, sei es

zum Positiven oder auch zum Negativen, einpreisen können, wobei das aber dann wie das andere auch ein verabredetes Verfahren ist. Das ist quasi der Fahrplan, den wir im Kopf haben.

Letzte Bemerkung zum ZLB-Neubau: Ja, es wird so sein, dass der Senat sich mit der gesamten Investitionsplanung für dieses Land bis September/Okttober beschäftigen und dann entsprechend beschließen wird. Für uns im Kulturbereich gehört der Neubau der ZLB ganz weit oben dazu. Es ist vom Volumen her ein sehr großes Projekt – das wissen alle Beteiligten –, und es wird größer werden, wenn wir uns die gegenwärtige Baupreisentwicklung angucken, die, wenn ich es richtig gelesen habe, bei 12 Prozent liegt. Das wird eine Herausforderung. Das wird auch eine Herausforderung vor dem Hintergrund vieler anderer Faktoren wie Nachhaltigkeit. Kann, darf, soll die öffentliche Hand noch solche Gebäude bauen dürfen und, wenn ja, unter welchen Bedingungen, mit welchem Versprechen auch an die Zukunft?

Das fließt alles in dieses Neubauprojekt ein, und es ist auch schon in der Erarbeitung drin. Herr Heller hat einige Gründe genannt, warum wir ein halbes bis dreiviertel Jahr hinter dem Zeitplan sind. Das hat etwas mit der Vegetationsperiode zu tun manchmal an einer Stelle, manchmal auch an unzureichenden Bauvorbereitungsmitteln in anderen Verwaltungen. Was wir auf exekutiver Ebene tun können, um das innerhalb des Senates zu harmonisieren und da schneller voranzukommen, tun wir bzw. haben wir getan. Wir werden jetzt durch diese längere Investitionsplanung keine weitere Zeit verlieren, jedenfalls nicht für notwendige Schritte, die die ZLB oder die Planer der ZLB machen müssen, um dann am Ende zu einem Wettbewerb zu kommen, sodass ich hier auch verhalten optimistisch bin.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann auch dafür danke schön! – Ich bedanke mich recht herzlich bei den Anzuhörenden. Wir vertagen die Besprechung, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Noch mal vielen Dank an die Anzuhörenden!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Der Berliner Kultursommer 2022: finale
Planungsstände und Ausblick auf das Programm**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0073](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.